

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Bretterhöhe 100 Zentimeter
Länge 130 Zentimeter
Breite 30 Zentimeter
...
Erschint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Anzeigen-
größe über deren Raum 40 Pfg. für
politische und gemeinnützige Anzeigen
...
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 6. Februar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Konflikt mit Amerika.

Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe.

Amerikas Abbruch der Beziehungen und die Wirtschaft.

Der Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, der unter Umständen erfolgt ist, die baldige Kriegserklärung möglich machen, wirkt stark auf die Wirtschaft aller beteiligten Länder zurück.

Die Verbandsmächte sehen ihre drückende Sorge weitausgehend, ihre Lieferungen in Amerika zu bezahlen und ein Sinken oder Schwanken ihres Wechselkurses zu verhindern.

In vielfacher Beziehung wird auch die deutsche Wirtschaft betroffen. Die Vereinigten Staaten waren der letzte neutrale Großstaat. Ihr Markt war im Frieden für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung.

Die Verfeindung Deutschlands mit den Vereinigten Staaten bewirkt nicht nur, daß wir nach dem Kriege nur unter schlechteren Bedingungen liefern können und daß mit der Erschwerung unserer Einfuhr aus den Vereinigten Staaten unsere Umstellung auf die Friedenswirtschaft mühseliger wird.

lanischen Handelsvertrag vom Jahre 1799 halten und damit ihre vor aller Welt oft selbst gerühmte Vertragstreue glänzend bezeugen.

Die Vereinigten Staaten haben zu ihrer sprunghaftesten Entwicklung Geld und Menschen gebraucht. Beides bekamen sie reichlich aus Deutschland. Als das Deutsche Reich noch arm und zerrissen war, lieferte es Menschen, die den Grundstock zu der politischen und wirtschaftlichen Größe der Vereinigten Staaten mitlegen halfen.

Am meisten springt über die Rückwirkung der Verfeindung Deutschlands und der Vereinigten Staaten für die deutsche Schifffahrt ins Auge. Eine große Zahl vom Krieg überraschter deutscher Schiffe flüchtete sich in neutrale Häfen.

Die deutsche Reederei hat durch diese Schicksalsläge ihren Mut nicht verloren. Die Herr Pollin vor einiger Zeit mitteilte, haben die Savaa und der Norddeutsche Lloyd bereits den Wiederaufbau ihrer Flotte begonnen.

werden ihm jene empfinden, die im Auslande den Triumpf der deutschen Technik erlebten, den „Imperator“ oder „Vaterland“ der Welt verkündeten, und die, waren sie auch jedem Chauvinismus von ganzer Seele abhold, die weltfahrenden Jungen deutscher Schaffenskraft mit frohem Herzen begrüßten.

Der Griff nach den deutschen Schiffen.

Das Reuterjase Bureau meldet: Der deutsche Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ wurde in Boston beschlagnahmt. Die amerikanische Regierung erwägt, ob die amerikanischen Schiffe durch die Seesperre durch Kriegsschiffe geleitet werden sollen.

Diese fünf Schiffe traf der erste Stoß. Weitere Reuter-meldungen wissen bereits eine lange Liste beschlagnahmter deutscher Schiffe aufzuführen. Nach einer New Yorker Reuter-meldung, die der „Loo“ mitteilt, sollen fünfzehn deutschen Schiffe in New York und Hoboken, darunter der große Dampfer „Vaterland“ beschlagnahmt worden sein.

Auch der Name der „Apyan“ steht bereits in den gestrigen Nachrichten. Nach einer Rotterdamer Depesche der „Nationalzeitung“ sind Hans Berg und seine deutsche Präsen-mannschaft in New York durch Rüstungsmaschinen von der „Apyan“ weggeholt worden.

Die Reuter aus Washington meldet, ist das Kanonenboot „Geier“, das in Honolulu interniert war, von seiner Besatzung in Brand gesteckt worden und vollständig verbrannt.

Wiewohl von diesen Nachrichten auf Losigkeiten beruht, wird wohl erst in einigen Tagen zu erfahren sein.

Deutsche Schiffe in amerikanischen Häfen.

Vor einem Jahre hat die „New Yorker Staatszeitung“ eine Liste der in den Häfen der Vereinigten Staaten liegenden Schiffe veröffentlicht. Danach befinden sich dort: Hamburg-Amerika-Linie: „Vaterland“, New York, 54 280; „Amerika“, Boston, 22 022; „President Lincoln“, New York, 18 150; „President Grant“, New York, 18 000; „Ginnimalli“, Boston, 16 339; „Pennsylvania“, New York, 13 256; „Bulgaria“, Baltimore, 11 440; „Savannah“, New York, 10 531; „König Wilhelm II.“, New York, 9406; „Bohemia“, New York, 8414; „Abatia“, Philadelphia, 6000; „Prinz Oskar“, Philadelphia, 5000; „Armenia“, New York, 5404; „Arcadia“, Norfolk, 5354; „Bija“, New York, 4970; „Prinz Janhym“, New York, 4757; „Prinz August Wilhelm“, New York, 4733; „Prinz Eitel Friedrich“, New York, 4650; „Alcmantra“, New York, 4640; „Sagoria“, Seattle, 4414; „Sibiria“, Baltimore, 3533; „Sarcina“, New York, 3402; „Georgia“, New Orleans, 3143; zusammen 245 301 Tonnenn, und 35 Dampfer.

Der Norddeutsche Lloyd hat 12 Dampfer stillliegen, die zusammen 147 887 Tonnenn haben: „George Washington“, New York, 25 570; „Kronprinzessin Cecilie“, Boston, 19 503; „Kaiser Wilhelm II.“, New York, 19 881; „Großer Kurfürst“, 13 102; „Borussia“, New York, 10 684; „Prinzessin Arzoo“, New York, 10 893; „Archiebis der Grobe“, New York, 10 771; „Rhein“, Baltimore, 10 688; „Nedar“, Baltimore, 6883; „Adia“, Boston, 7400; „Wittich“, Boston, 6640; „Willehad“, Boston, 4761.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft ist mit 5 Dampfern und einer Tonnage von 48 728 Tonnenn vertreten: „Jupiter“, Norfolk, 10 073 Tonnenn; „Dolphin“, Norfolk, 7120; „Buffalo“, San Francisco, 6831; „Boobus“, San Francisco, 6208; „Iowa“, New York, 5480; „Abcims“, Philadelphia, 4048, und „Zeppen“, New York, 4045.

Das sind zusammen 449 916 Tonnenn. Zu Beginn des Krieges war diese Ziffer noch größer. Aber schon im September 1914 wurden sieben Schiffe der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft mit 27 278 Tonnenn auf amerikanisches Register umgeschrieben. Außerdem hat die österreichische Reederei „Austro-Americana“ (Triest) sieben Dampfer mit 35 780 Tonnenn in den Häfen der Vereinigten Staaten liegen.

# Amerika und Deutschland.

## Der Abbruch der Beziehungen.

Die Formalien, die den Bruch der Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Deutschen Reiche bezeichnen, sind vollzogen. Am Sonntagmorgen wurden dem deutschen Votschaffer in Washington Grafen Bernstorff die Pässe zugestellt, und inzwischen hat auch der Votschaffer Gerard seine Abberufung erhalten. Er hat gestern nachmittag seine Pässe verlangt. Zugleich wird von Paris aus eine Madrider Meldung in Umlauf gesetzt, daß die Vereinigten Staaten auch die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn abgebrochen haben. Hierzu liegt indessen noch keine zureichend sichere Nachricht vor. Aus Wien verlautet nur, daß Graf Czernin am Sonntag eine einstündige Besprechung mit dem Votschaffer der Vereinigten Staaten Penfield gehabt habe.

Wolffs Bureau meldet gestern aus Wien: Die Blätter nehmen die Meldung vom dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland mit großer Ruhe auf, indem sie die Zuversicht ausdrücken, daß die Entscheidung Wilsons die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung nicht unvorbereitet treffe.

London, 4. Februar. Reuter meldet aus Washington, daß das Staatsdepartement die amerikanischen Votschaffer, Gesandten und Konsularvertreter in England, Frankreich, Rußland, Japan, Rumänien, Serbien, Griechenland, Ägypten und Marocco angewiesen hat, die ihnen übertragenen Vertretungen der deutschen Interessen einzustellen und abzuwarten, bis Deutschland durch eine neutrale Regierung bekannt gibt, wem es den Schutz seiner Interessen anvertrauen will. Das Staatsdepartement hat bekanntgemacht, daß die Wahrnehmung der britischen Interessen in Deutschland den Niederlanden übertragen würde, die der japanischen und serbischen Spanien und die rumänischen vorübergehend, bis die rumänische Regierung ihre Wünsche geäußert hat, auch Spanien. Ferner wird mitgeteilt, daß alle amerikanischen Konsularbefehle erhalten, Deutschland zu verlassen. Man erwartet, daß Deutschland ebenfalls seine Konsuln aus Amerika abberufen wird. Ihre Exequatur wird nicht eingezogen werden, da das eine Kriegshandlung wäre. Die Ausgabe von Pässen nach Deutschland ist eingestellt. Wenn Oesterreich-Ungarn in dieselbe Lage kommen sollte wie Deutschland, werden auch für dieses Land keine Pässe mehr ausgegeben werden.

## Die amerikanischen Vertreter in Belgien.

Washington, 4. Februar. Reutermeldung. Dem belgischen Gesandten wurde mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten ihre diplomatischen Vertreter in Belgien nicht abberufen, außer wenn die deutschen Militärbehörden ihnen ein längeres Bleiben unmöglich machen. Auch die Amerikaner, die für die Hilfskommission arbeiten, sollen vorläufig in Belgien bleiben.

## Siebzehn Befehle gegen Neutralitätsverletzungen.

Washington, 4. Februar. (Reutermeldung.) Die Senatskommission hat 17 Gelegenheitsgesetze angenommen, die die Bekämpfung von Neutralitätsverletzungen erleichtern sollen. Präsident Wilson hat auf die rasche Erledigung dieser Befehle gedrungen. Auf Straftatbeständen und falsche Erklärungen zum Zweck, sich in den Besitz eines falschen Passes zu setzen, wird eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren, nicht Brandstiftung, Zerstörung von Maschinen oder das Legen von Bomben auf amerikanischen Schiffen wird mit zehn Jahren Gefängnis bestraft.

## Wird die Kriegserklärung folgen?

Budapest, 5. Februar. „Pester Lloyd“ meldet aus Wien: Nach Auffassung hiesiger diplomatischer Kreise ist es nicht notwendig, als sicher anzunehmen, daß Wilson unbedingt auf einen Krieg mit Deutschland hinarbeitet. Wilson und Amerika waren Zeugen der verbrecherischen Gewissenlosigkeit, mit der nicht bloß unser Friedensangebot, sondern auch alle Schritte zur Herbeiführung eines Friedens seitens der Vereinigten Staaten in hohem Maße vereitelt wurden. Und ist kein anderes Mittel gefunden worden als die Ausübung des Kollektivrechts gegen die britische Seeherrschaft. Wilson kann unmöglich der Meinung sein, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg die Dauer des Krieges abkürzen werde; denn von allen möglichen Wirkungen der Kriegserklärung Amerikas ist eine Verlängerung des Krieges die einzige, ziemlich wahrscheinliche. Es ist kaum anzunehmen, daß Amerika die Kriegslage selbst durch ein kriegerisches Einschreiten irgendwie wesentlich zu verändern vermöge.

Paris, 5. Februar. (Z. N.) Nach Meldungen aus Paris bringen die französischen Blätter über den Abbruch der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland große Freude aus, und für Wilson findet man nur Worte schmeichelnder Anerkennung. Unter anderem schreibt der „Temps“: Wir sind jetzt vielleicht an einem für die Weltgeschichte entscheidenden Punkte angelangt. Es ist nunmehr an den Neutralen, ihren Weg zu wählen. Wilson fühlt, daß die Ehre Amerikas auf dem Spiele steht und macht dem Schwanken ein Ende. Amerika hat nunmehr seine Entschlüsse gefaßt, die anderen Neutralen überlegen noch, aber ihr Urteil und ihre Haltung gegenüber Deutschland kann kaum anders sein als das Amerikas. „Journal des Debats“ und „Liberté“ warnen allerdings vor übertriebenen Erwartungen. Das erwähnte Blatt sagt: Wir dürfen nicht glauben, daß eine Intervention Amerikas, selbst eine militärische, das Ende der Feindseligkeiten herbeiführen kann.

Stockholm, 4. Februar. „Aftonsbladet“ behandelt im Leitartikel die Möglichkeit für die Vereinigten Staaten, bei der gegenwärtigen politischen Lage eine entscheidende Rolle zu spielen. Der Verfasser des Aufsatzes betont zunächst, daß Wilson als Friedensmüller eine wichtige Stimme sein könnte und insandem wäre sich die Dankbarkeit der ganzen Welt zu erwerben, wenn er im rechten Augenblick die Kämpfenden zum Frieden bewegen würde. Was aber werden geschehen, wenn er an der Seite der Entente in den Krieg eingreife? Die Mittelmächte seien sicher auf diese Möglichkeit vorbereitet; denn, so heißt es weiter, reichsinnig hat ihre Leitung nicht den schicksalsschweren

Schritt getan. Lange und sorgfältig hat sie überlegt und nach einjährigem Erwägen und Meinungsaustausch war man sich zweifellos über die Bedeutung der denkbaren Folgen seines Beschlusses vollkommen klar. Ganz gewiß wurden die weitestgehenden Vorbereitungen getroffen. Demgegenüber kann aber Amerika durch Teilnahme am Krieg nicht viel erreichen. Für den Kampf auf den Schlachtfeldern wird es bedeutungslos sein. An der Kriegsbereitschaft seiner Flotte kann man zweifeln. Die Lebensmittelfürsorge für die Westmächte wollen Deutschland und Oesterreich-Ungarn jetzt lahmliegen. Der deutsche Schiffsraum und die Amerika jetzt beschlagnahmten und der Entente zur Verfügung stellen könnte, ist nicht mehr als das, was die deutschen Boote im Dezember versenkt haben. Alles in allem macht das Eingreifen Wilsons die Lage der Mittelmächte keineswegs verzweifelt und kaum wirklich schwieriger.

Lugans, 5. Februar. (Z. N.) Die italienische Presse begrüßt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland zu Jubelausdrücken. Doch geht aus ihren Telegrammen hervor, daß auch die amerikanischen Friedenspartei, Antimilitaristen und Deutschenfreunde lebhaftes Tätigkeitsgefühl zeigen. Sie drängen Wilson, die Gründe zu erwägen, die das amerikanische Volk zu seiner Wiederwahl veranlaßten und legen ihm nahe, eine Konferenz der Kriegführenden vorzuschlagen bzw. seine Vermittlung erneut anzutragen. Der Antimilitaristenverein erläßt einen klammernden Aufruf zugunsten des Friedens. Andere Depeschen melden, daß umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden zur Verhinderung von Unordnungen, Attentaten, Sabotagen und der Zerstörung und dem Entweichen von Schiffen, die in Amerika festgehalten sind.

Kopenhagen, 4. Februar. Die dänische Presse vertritt die Auffassung, daß dieser Schritt nicht notwendigerweise zum Kriege zwischen beiden Staaten führen müsse, ebenso allgemein aber herrscht auch die Überzeugung, daß durch das Vorgehen Amerikas den neutralen Kleinstaaten neue bedeutende wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen werden.

„Politiken“ führt unter anderem aus: Man kann darüber streiten, ob Amerikas Teilnahme am Weltkriege in militärischer Beziehung von größerer oder geringerer Bedeutung sein wird. Aber niemand kann blind dafür sein, daß sich die Aussichten für einen baldigen Frieden verschlechtern, wenn derjenige Staat, der bessere Bedingungen halte als irgendein anderer, als Friedensstifter aufzutreten in der Reihe der Kriegführenden nicht Platz nimmt. Für die neutralen Staaten besteht nun die Gefahr, ganz isoliert zu werden. Die Lage ist also ernst genug für die Neutralen. Es gilt aber Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren und das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten trotz aller Schwierigkeiten, in der Hoffnung, daß die Zeit nicht mehr fern sein kann, wo der Frieden wieder einsetzt.

„Socialdemokraten“ sagt: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen braucht nicht Krieg zu bedeuten, aber selbst dieser würde den Verlauf des eigentlichen Krieges kaum direkt beeinflussen.

## Wilson's Empfang im Kongress.

Amsterdam, 5. Februar. Nach Meldungen aus Washington waren während der Rede Wilsons im Kongress fast alle südamerikanischen Diplomaten und viele Diplomaten anderer neutraler Staaten anwesend. Die Mitglieder des Kongresses erhoben sich von ihren Plätzen, als Wilson eintrat. Sofort brach ein Beifallssturm los. Eine tiefe Stille herrschte im großen Saal, als Wilson den Gang der Unterhandlungen mit Deutschland schilderte. Als er geendet hatte, erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen und blieben Beifall flüchtig noch im Saal, während er den Saal verließ.

## Der U-Boot-Krieg und die nordischen Neutralen.

### Die Meinung Helsingfors.

Ein norwegischer Berichterstatter hat den Staatssekretär Helsingfors über die Art der Durchführung des U-Boot-Krieges in den nordischen Gewässern befragt. Die Wolff meldet, hat der Staatssekretär gesagt:

Wir sehen in dem ungehemmten U-Boot-Krieg ein sicheres und wirksames Mittel, den Krieg abzukürzen und die Seeherrschaft Englands ein für allemal vom Throne zu stürzen. Gewiß werden die Neutralen unter dem U-Boot-Krieg mancherlei zu leiden haben, aber ist das nicht auch heute schon der Fall? Fragen Sie bei Ihren eigenen Landleuten, unter welchen Verhandlungen England Ihre Rechte zwingt. Vannware zu fahren, wie es mit allen Mitteln die norwegische Fischerei erschwert, wie es Ihre Industrie durch Vorenthaltung von Kohlen lähmt. Sie können überzeugt sein, daß die Schwierigkeiten Ihres Landes unter unserem U-Boot-Krieg gering sein werden im Vergleich zu denjenigen, die Ihnen durch England verursacht sind. Wir werden außerdem alles tun, um diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit abzumildern. Wir wissen, daß die Kohlenfrage für Sie im Vordergrund steht und werden trotz der Verlegenheiten, mit denen wir selbst unter den jetzigen Transportverhältnissen zu leiden haben, Ihnen ausbessern soviel wir können. Wir haben nach Norwegen im Jahre 1913 nur 418 000 Tonnen Kohlen an Sie geliefert und haben diese Menge im Jahre 1916 bis auf über 4 Millionen Tonnen gesteigert. Danach können Sie ermessen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. Was aber den U-Boot-Krieg betrifft, so gibt es für uns kein Zurück, wir gehen den Weg, den wir jetzt eingeschlagen haben, bis zum Ziel und sind überzeugt, daß die Neutralen uns noch einmal danken werden.

Im Anschluß an diese Äußerungen leitete der „Lokal-anzeiger“ mit, daß zurzeit Verhandlungen mit der norwegischen Regierung schweben, um Mittel und Wege zu finden, wie ihr Bedarf an Kohle und Eisen trotz der bekannten Transportverlegenheiten nach Möglichkeit gedeckt werden kann. Dabei werde, sagt das Blatt, vorausgesetzt, daß auch die Norweger das ihrige dazu tun, um der Transportverlegenheiten Herr zu werden.

## Wirkungen der Seesperre.

### England und die neutralen Schiffe.

Die Nachricht, daß die britische Admiralität den neutralen Schiffen verboten habe, die an ihren Häfen zu verlassen, Nichts nicht unbestritten. Wie die „Influencer Zeitung“ berichtet, erzählt die Kopenhagener „Nationaltidende“, daß verschiedene dänische Routendampfer aus den englischen Häfen abgefahren sind. Von Trampbooten liegen dagegen keine Nachrichten vor.

### Die Haltung Spaniens.

Budapest, 5. Februar. „Az Est“ meldet in einem Fundentelegramm aus Madrid: Der Ministerrat beschloß, gegen die Sparte Protest einzulegen. Die Angelegenheit eines jeden spanischen Schiffes wird untersucht werden. Auf die Note Deutschlands

wird Spanien erst nach Kenntnis der Haltung Amerikas und der übrigen neutralen Staaten Antwort geben. Der amerikanische Votschaffer hatte eine längere Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen.

Eine Genfer Meldung der „Nationalzeitung“ sagt, die abwartende Haltung Spaniens, die auf Amerikas Entscheidung Bezug nimmt, werde als Ankündigung eines in Aussicht genommenen gemeinsamen Schrittes der neutralen Regierungen gedeutet.

## Einfestung der spanischen Südfruchtausfuhr.

Madrid, 5. Februar. („Zfr. Hg.“) In Valencia beschloßen mehrere Schiffe, die Früchte verladen hatten, nicht abzufahren. Vertreter der Provinz Valencia schägen die in den Häfen durch die Tauchbootblockade festgehaltenen, zur Ausfuhr bestimmten Südfrüchte auf 250 000 Kisten Orangen. Ferner liegen noch dort 200 000 Faß Wein und 300 000 Faß Del.

## Die Dampfer aus Batavia stillgelegt.

London, 5. Februar. Reuter meldet aus Batavia: Die Post- und Frachtdampfer, die den Hafen verlassen haben, erhielten den Befehl, den nächstgelegenen Hafen anzulassen und auf Anweisungen aus Holland zu warten.

Rotterdam, 5. Februar. Aus Semarang wird dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gemeldet, daß in Batavia eine große Protestversammlung gegen die Anhaltung der niederländischen Post durch England abgehalten wurde.

## Verlegung des Zerschellinger Leuchtschiffs.

Amsterdam, 5. Februar. Das „Algemeen Handelsblad“ erzählt, daß das Leuchtschiff Zerschellinger Bank dieser Tage nach eine in 33 Grad 29 Minuten nördlicher Breite und 4 Grad 17 Minuten östlicher Länge Greenwich gelegenen Stelle verlegt werden soll.

## Der Krieg auf den Meeren.

### Die „Houatonic“ vor der Versenkung gewarnt

Amsterdam, 4. Februar. Nach einer Reutermeldung aus Washington ist beim Staatsdepartement eine Depesche vom amerikanischen Konsul in Plymouth eingetroffen, daß der Dampfer „Houatonic“ vor der Versenkung durch das deutsche Unterseeboot eine Warnung und Gelegenheit zur Rettung der Besatzung erhalten hat.

Lloyds meldet, daß der Kapitän und die Besatzung der „Houatonic“ gelandet worden sind.

Bericht. Lloyds meldet: Das russische Segelschiff „Pomochail“ wurde versenkt. „Pettit Pariser“ meldet die Versenkung des spanischen Dampfers „Nueva Montana“ (2030 Tonnen). Das „Algemeen Handelsblad“, meldet, daß der Fischdampfer „Zeus“ aus Boston, der seinerzeit als versenkt gemeldet wurde, auf der See treibend aufgefunden und in einen Hafen geschleppt worden ist.

## Kriegsminister Lyautey stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 4. Februar. Als in der gestrigen Sitzung der französischen Kammer Guirard die sofortige Entlassung der Mannschaften des Jahrgangs 1888/89 verlangte, erhob sich Barier Blättern zufolge Kriegsminister Lyautey und erklärte den Antrag nicht annehmen zu können, da derzeit der Armee 300 000 Mann entzogen würden. Er müsse seine Ablehnung verlangen und die Vertrauensfrage stellen. In der Kammer herrschte lebhafte Aufregung. Maginot unterstützte den Kriegsminister, welcher sich nochmals erhob und beonte, die Vertrauensfrage gestellt zu haben. Der Antrag wurde schließlich mit 398 gegen 85 Stimmen abgelehnt.

## Die Opposition gegen Briand.

Ueber das Vertrauensvotum, das Briand nach den Geheimnissen (in denen er eine sechsstündige Rede gehalten hat) in öffentlicher Sitzung für seine Griechenspolitik erhielt, wird dem „Berliner Bund“ aus Paris geschrieben:

Betrachtet man dieses Votum vom innerpolitischen Standpunkt aus, so drängt sich die Feststellung auf, daß die Opposition oben verloren hat, während sich die Regierungsmehrheit ungeführt gleich geblieben ist. Nach der letzten Geheimhaltung sprach die Kammer dem Kabinett Briand mit 314 gegen 165 Stimmen das Vertrauen aus. Die dreißig Mitglieder, die aus der förmlichen Opposition aufgetreten sind, haben sich am letzten Samstag zumeist der Stimmabgabe enthalten. Die Klucht in die Stimmenthaltung ist gewöhnlich ein Uebergangsstadium und bereitet in diesem Fall wohl einen Wiedereintritt in die Mehrheit vor. Von den 135 Männern der Opposition sind 53 sozialistische Radikale und einige dreißig Arbeiterparteiliche, die gegen jede Regierung wären, die den Krieg „bis zum äußersten“ führen will. Die übrigen Oppositionsmänner sind in den verschiedensten Parteien zerstreut, und der Mangel an Konsistenz der Opposition erweist sich vielleicht am besten aus der Tatsache, daß man Männer in beträchtlicher Zahl wie Galland und Parthou darin findet. Solange es mit der Opposition so bestellt ist, hat das Kabinett Briand nichts von ihr zu fürchten.

## Keine Zivildienstpflicht in Frankreich?

Die Pariser Blätter melden, beabsichtigt die Regierung nicht, wie gemeldet wurde, die Zivildienstpflicht einzuführen, sondern lediglich das Recht auf die Requirierung von Arbeitskräften jeder Art auszuweiten.

## Die Schweizer Städte fordern Schutz vor den Landwirten.

Lausanne, 5. Februar. Die „Gazette de Lausanne“ teilt mit, daß der Bund der schweizerischen Städte an den Bundesrat in Bern eine Denkschrift geschickt hat, in der verlangt wird, daß die schweizerischen Zentralbehörden alle Mittel in Bewegung setzen, um es dahin zu bringen, daß die Landwirte ihre Erzeugnisse nicht zum Nachteile der Städte zurückhalten oder ausschließlich für ihre eigenen Bedürfnisse herstellen. Das sei besonders mit der Milch der Fall, welche immer knapper werde, aber auch in immer geringeren Quantitäten in die Städte komme. Ohne die Schwierigkeiten, mit denen die Landwirte zu kämpfen hätten, vertennen zu wollen, sei es doch Tatsache, daß die Landwirte in der gegenwärtigen Krise eine bevorzugte Klasse darstellen, indem es ihnen möglich sei, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken. Die Städte müßten daher von der Bundesgewalt Schutz ihrer Interessen verlangen. Verschiedene darauf abzielende Maßnahmen werden dann vorgeschlagen und verlangt.

## Ein neues türkisches Kabinett.

Großvezir Said Halim Pascha hat seine Entlassung angenommen, die ihm der Sultan unter Anerkennung der Verdienste, die er sich seinerzeit um die Frage von Adrianopel

# Artilleriefener und Infanteriekämpfe zwischen Ancre und Somme — Gräben östlich Beaumont zurückgewonnen — Kämpfe von Grandcourt bis Pys — Kleine Vorgänge an der Marajowka.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 3. Februar 1917. (W. Z. S.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vom Nordufer der Ancre bis zur Somme spielten sich bei starkem Artilleriefener in einzelnen Abschnitten auch Infanteriekämpfe ab.

Im Gegenstoß wurde den Engländern der größte Teil der Gräben östlich von Beaumont wieder entzogen; dabei blieben rund 100 Gefangene in unserer Hand.

Nachmittags scheiterte ein heftiger englischer Angriff nördlich von Beaumont, nachts wiederholter Ansturm starker Kräfte gegen unsere Stellungen von östlich Grandcourt bis südlich von Pys. Auch am Wege von Beaumont nach Grandcourt wurde gekämpft.

Südlich der Somme leistete Stoßtrupp über 20 Franzosen mit Engländern aus den feindlichen Linien.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Marajowka führten kleine russische Abteilungen gegen unsere Sicherungen vor, die sie durch Feuer zurückwies.

An der Front des Generals Herzog Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen

ist die Lage bei geringem Artilleriefener und Vorfeldgefechten unverändert.

## Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

## Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 3. Februar. Abends.

Von den Fronten sind größere Kampfhaltungen nicht gemeldet.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 3. Februar 1917. (W. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Abteilungen, die gegen unsere Stellungen südwestlich Brzozany vorrückten, wurden durch Feuer vertrieben.

## Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern morgen drang eine Abteilung des Feldjäger-Bataillon Nr. 30 in eine feindliche Stellung westlich des Pflücken-Passes (Karnischer Kamm) ein, nahm einen Offizier und 28 Mann gefangen und erbeutete ein Maschinengewehr, einen Minenwerfer und mehrere Gewehre. Nach Beförderung der gewonnenen Anlagen des Feindes kehrten unsere Jäger ohne nennenswerte Verluste in ihre Stellungen zurück. Sonst keine Ereignisse von Belang.

## Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Döcker, Feldmarschalleutnant.

den von Fernsprechunterständen herrscht angespannte und fieberhafte Tätigkeit zur Entgegennahme und Weitergabe von Nachrichten. Bei Tag und Nacht sind die Scharen von Drahtführern unterwegs, um gestörte und zerstörte Leitungen wieder herzustellen.

Mit dem anbrechenden Tage — wenn das Wetter es irgend zuläßt — erheben sich die Fliegergeschwader auf den langen Fronten in die Luft zu täglichen Aufklärungen und Kämpfen mit dem Feind. Tag und Nacht hat die Kolonnen unterwegs, in Schnee und Eis, im Feuer feindlicher Granaten, um Munition, Nahrung und Post zu den Feuerstellungen zu bringen, Kranke und Verwundete zurückzuführen. In Tausenden von Verbandsplätzen, Feld- und Kriegslazaretten arbeitet ununterbrochen ein Heer von Ärzten, Pflegern und Pflegerinnen. Die Feldbäckereien und Feldschlachtereien sind dauernd in fieberhafter Tätigkeit. Millionen von Männern stehen unausgerüstet bei Tag und Nacht im Kampfe und in der Arbeit, in freudiger Stimmung und unerschütterlicher Entschlossenheit, besetzt vom festen Vertrauen auf den Erfolg.

## Fliegerbomben auf Dünkirchen.

Berlin, 3. Februar. Amlich. Ein deutsches Marineflugzeug belegte am 3. Februar abends die Hafenanlagen von Dünkirchen erfolgreich mit Bomben. Ein in den dortigen Schuppen entstandener Brand war beim Rückflug noch weiterhin sichtbar.

## Keine Beschlagnahme deutscher Schiffe?

London, 4. Februar. Reuter meldet aus Washington: Es verlautet, daß die Regierung nicht beabsichtigt, die deutschen Handelsschiffe, die in amerikanischen Häfen liegen, zu beschlagnahmen, da das eine Kriegshandlung wäre. Die Dampfer „Kronprinz Wilhelm“, „Prinz Eitel Friedrich“, „Appam“ und „Kronprinzessin Cecilie“ stehen bereits unter Aufsicht der Regierung. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die Maßregel der Behörden von Panama zweifellos zeitweiliger Natur und nur in der Absicht getroffen worden sei, um zu verhindern, daß die Besatzungen die Schiffe in die Luft sprengen und dabei den Kanal gefährden.

## Zustellung der Pässe an Graf Bernstorff.

New York, 3. Februar. (Durch Funkpruch vom Vertreter des W. Z. S.) Die Associated Press meldet aus Washington: Amlich wird mitgeteilt, daß dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff um zwei Uhr die Pässe zugestellt worden sind. Die Abreise des Botschafters aus den Vereinigten Staaten wird in Beratungen zwischen dem Schweizer Gesandten und dem Staatsdepartement festgelegt werden. Es wurde amtlich bekanntgegeben, daß allen neutralen Regierungen durch die Vereinigten Staaten der Abschluß der Beziehungen zu Deutschland mitgeteilt worden ist.

## Die Ladung der U-Deutschland brennt.

London, 4. Februar. Reuter meldet aus Washington, daß beinahe sofort nach der amtlichen Mitteilung, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien, in der in New London für das U-Boot „Deutschland“ aufgeschalteten Ladung Feuer ausbrach. Wir bemerken hierzu, daß die „Deutschland“ die Dritte Kreuzfahrt nach Amerika nicht angetreten hat und in ihrem deutschen Hafen liegt.

## Amerika fordert die Schweiz zum Anschluß an.

Bern, 3. Februar. Meldung der Schweizerischen Depeschagentur. Präsident Wilson hat an die schweizerische Regierung eine Note gerichtet, in der er diese einlädt, sich dem Vorgehen Amerikas gegenüber Deutschland anzuschließen. Der Bundesrat hat heute in einer besonderen Sitzung sich mit dieser Note befaßt und die Antwort an den Präsidenten Wilson festgelegt. Diese Antwort der schweizerischen Regierung wird erst veröffentlicht werden, wenn Präsident Wilson in ihren Besitz ist. Die aus Amerika stammende Nachricht, nach der die Schweiz mit der Vertretung der deutschen Interessen in Amerika betraut worden sei, ist verfrüht. Dagegen besteht nach Erkundigungen der Schweizerischen Depeschagentur kein Zweifel darüber, daß die Schweiz gegebenenfalls einen solchen Auftrag annehmen werde.

## Die Maschinen der „Kronprinzessin Cecilie“ beschädigt.

London, 5. Februar. Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in New York telegraphiert, daß man versucht hat, den Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ unbrauchbar zu machen. Ein Beamter der Hafenpolizei entdeckte, daß die Feuer unter den leeren Kesseln angezündet waren. Alle Schrauben waren gelockert und es befand sich nichts an Bord, um die beschädigten Maschinen wieder herzustellen. Die Reservekräfte sind vermutlich über Bord geworfen worden. Man wird im Hafen danach suchen. Die Besatzung wurde nach dem Einwandernsbureau gebracht. 200 Polizeibeamte bewachen jetzt das Schiff. Bei der Untersuchung des österreichischen Frachtdampfers „Himalaja“ entdeckte man, daß die Maschinen teilweise mit Brecheisen, die man auf dem Fußboden des Maschinenraumes fand, zerstört worden waren. Es geht das Gerücht, daß auch der Dampfer „Waterland“ in Goboten beschädigt ist und daß die Reparatur mehrere Monate in Anspruch nehmen wird.

## Die deutschen Dampfer in Manila.

Manila, 3. Februar. Reutermeldung. Die Zollbeamten, die die hier liegenden deutschen Dampfer untersuchten, fanden, daß die Maschinen von neun Dampfern zerstört waren, und daß bei den übrigen Schiffen die Feuer unter den leeren Kesseln brannten.

## „Titanic“-Prozesse.

Amsterdam, 3. Februar. (T. N.) In den „Titanic“-Prozessen, die vor einiger Zeit endgültig erledigt wurden, hat die Witbe-Star-Linie einen Schadenersatz von insgesamt 133 000 Pfund Sterling bezahlen müssen.

## Griechenland noch immer unter Blockade.

Athen, 3. Februar. Meldung des Reuterschen Bureau. Der britische und der französische Gesandte hatten nacheinander Unterredungen mit dem Minister des Meereswesens über die Durchführung der noch nicht erfüllten Forderungen der Entente. Die Regierung verhält sich schweigen, man glaubt aber, daß die Lage sich günstig entwickelt, und daß Aussicht auf eine teilweise Milderung der Blockade, deren Folgen sich ernstlich bemerkbar zu machen beginnen, besteht.

und um den Abschluß des Bündnisses mit den Mittelmächten erworben habe, gewährte. Der Minister des Innern Talaat Bey hat die Bildung eines neuen Kabinetts übernommen. Dieses setzt sich folgendermaßen zusammen:

Talaat: Großweir und Inneres sowie zeitweilig Finanzen; Ruffa Nazim Effendi: Scheich-ul-Islam und Wafat; Reshim Bey: Außeres; Halil Bey: Justiz und Voritz des Staatsrats; Enver Pascha: Krieg; Djemal Pascha: Marine; Schükr Bey: Dessenlicher Unterricht und zeitweilig Post und Telegraphen; der Abgeordnete für Caesarea Scheres Bey: Handel und Ackerbau; Ali Münt Bey (Gouverneur des Libanon): Dessenliche Arbeiten.

Die Agentur Milli meldet dazu: Das Kabinett, von dem mehrere Mitglieder dem vorigen angehörten, wird die bisherige Politik weiter verfolgen, nämlich energische Fortsetzung des Krieges an der Seite der Verbündeten bis zur Erreichung des Endzieles.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 4. Februar. Amlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front: Kosowitsch von Bitolja recht häufiger Trommelfeuer der feindlichen Artillerie. Zwischen dem Sazdar und dem Doiran-See lebhafteste Artilleriestärke. Auf den übrigen Fronten das übliche spärliche Artilleriefener. Am Fuße der Belasica und in der Ebene von Serres Patrouillengefechte.

Rumänische Front: Bei Jfaccia spärliches heftiges Artilleriefener. Bei Tulcea und beim Dorfe Preslawa Artillerie-, Minenfeuer sowie Feuerwechsel zwischen Feldwachabteilungen.

## Politische Uebersicht.

### Die ungezügelmäßige Wahlreform.

Endlich fühlt sich die „Deutsche Tageszeitung“ doch bemüht, auf die Ausführungen Meinesdes über die Notwendigkeit der preussischen Wahlreform einzugehen. Sie sorgt für stimmungsgemäße Einleitung, indem sie hervorhebt, daß die Zeitschrift, in der Meinesde seinen Artikel erscheinen ließ, von einem Sozialisten herausgegeben wird, und macht dann gegen das Reichstagswahlrecht die tiefstinnige Bemerkung, daß es „der grundsätzlich antimonarchischen Partei außerordentlich förderlich gewesen ist“. Im Frieden werde das Volk andere Dinge zu tun haben als an seine politischen Rechte zu denken, und nun gar eine Wahlreform im Kriege? Dem Herrn sträuben sich die Haare vor Entsetzen, indes er schreibt:

Ein Mann der Wissenschaft sollte doch am allerwenigsten der Meinung Vorschub leisten, daß so tiefgreifende Veränderungen im rechtlichen Aufbau des Staatskörpers, wie er sie anregt, in einer Zeit durchgeführt werden könnten, wo alle Energie, das ganze Denken, Fühlen und Arbeiten des gesamten Volkes ganz anderen und wirklichem Lebensfragen gehört.

Schließlich möchten wir annehmen, daß die neue große Wendung unserer Kriegführung, die die Vermeidung inneren Unfriedens dringlicher macht als je, auch Herrn Professor Meinesde zu der Ansicht bringen werde, daß sein Vorschlag so wenig zeitgemäß wie nur möglich ist.

Also, die Wahlreform war vor dem Kriege nicht zeitgemäß, sie ist während des Krieges nicht zeitgemäß, und nach dem Kriege wird sie erst recht nicht zeitgemäß sein. Alles in der Welt hört einmal auf, zeitgemäß zu sein, nur das preussische Dreiklassenwahlrecht bleibt ewig schön, gut, jung, frisch, unübertrefflich. So die Beweisführung bringt einen erst recht auf den Gedanken, daß es sich hier für die Schichten, die die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt, doch um eine wirkliche Lebensfrage handeln könnte, nur daß sie von ihr anders beantwortet wird als von neun Neunteln des Volkes, das draußen in den Schützengräben steht und wissen will, daß es für seine Freiheit kämpft.

Der Regierung aber kann der Vorwurf nicht eripart bleiben, ein wichtiges Mittel der nationalen Verteidigung in seinem Wert nicht erkannt und nicht angewendet zu haben.

### Namen, Vasten, Vrien und keinen Friedensbund!

Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei trat am Sonntag im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Man war sich darin einig, daß die belgische eben so wie die belgische Frage dem Deutschen Reich eine weltgeschichtliche Aufgabe stelle, Gelingt es diesmal nicht, den flämischen Volksteil und die belgischen Stammesgenossen

für das Germanentum zurückzugewinnen, so würde es außerordentlich zu beklagen sein. Im übrigen wurde der Standpunkt erneut betont:

Der Wert der sandrischen Küste, die Bedeutung des Erzgebirges von Brien und Sognaw, die Notwendigkeit günstigerer Grenzen an den Bogenen sowie gegen Velfort. Gegenüber dem Gedanken eines Weltfriedensbundes herrschte einmütige Ablehnung.

In der Aussprache wurde betont, man habe die Gewißheit, daß England auf die Friedensbahn gezwungen werden müsse, daß der Augenblick notwendigerweise für den englischen Staatsmann kommen werde, in dem ihm nur die Wohl bleibt zwischen dem Frieden und der Aussicht auf eine völlige Beförderung der englischen Handelsflotte. In einem Telegramm an den Kaiser verführte Hg. Wasser mann, daß das deutsche Volk alle seine gewaltige Kraft einsetzen werde, um auch einer Welt von Feinden gegenüber den Frieden zu eringen, der ihm Leben, Ehre und Freiheit verdirgt.

Die national-liberalen Herren brauchen zu Leben, Ehre und Freiheit etwas viel. Dabei haben sie nicht einmal lobiel politischen Sinn zu begreifen, daß ihr ganzes Vered heute wirklich sehr wenig Bedeutung hat!

### Stolz auf sein Geld lieb ich den Völkischen.

Wir erhalten folgende Verächtigung: Im „Vorwärts“ Nr. 21 vom 1. Februar 1917 war ein Schreiben von mir an den k. griechischen Konsul Julius Reager in Redar-Gemünd vom 9. Januar aus dem „Berliner Tageblatt“ übernommen.

In diesem Abdruck stand: Verschiedene völkische Verbände haben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von zunächst 100 000 Mark begründet, um in den großen Städten Deutschlands ein oder mehrere Gasthäuser zu errichten. Das ist unrichtig; richtig lautet der Satz wie folgt: Verschiedene völkische Verbände haben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von zunächst 100 000 Mark begründet, um in den großen Städten Deutschlands ein oder mehrere Gasthäuser zu errichten.

Wüller-v. Hausen.

Diese Verächtigung, die unter Berufung auf das Fregeseh unserm Bericht eine runde Null hinzufügt, zeigt wenigstens, daß es im Stolz auf den großen Geldsack zwischen Juden und „Völkischen“ keinen Unterschied gibt.

Potsdam-Spandau-Dithmarschen. Die Vertrauensmänner der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte haben, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, beschloffen, in Potsdam-Spandau-Dithmarschen den Burgfrieden zu wahren und keinen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Reichstagswahl in Welsen. Für den im Felde gefallenen welfischen Abgeordneten v. Meding haben die Welsen für die bevorstehende Erziehung den Grafen v. Bernstorff-Weltingen aufgestellt. Bei der Hauptwahl im Jahre 1912 wurden dort abgegeben für die Nationalliberalen 789, für den Welfen 773, für die Reichspartei 6015, für den Sozialdemokraten 2074 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Welfe mit 13 080 gegen 11 782 national-liberale Stimmen. Da ein Wahlkampf faum stattfinden wird, ist die Wahl des Grafen Bernstorff gesichert.

## Letzte Nachrichten.

### „Keine Ereignisse von Bedeutung.“

Berlin, 3. Februar. (W. Z. S.) Wenn von den verschiedenen Kriegsschauplätzen in den letzten Tagen gemeldet wurde, keine Ereignisse von Bedeutung, so hat indessen doch nirgends der Kampf auch nur eine Sekunde gesteht. Auf der gesamten 3000 Kilometer langen Front in Belgien, Frankreich, Russland, Rumänien und Mazedonien stehen in Gräben-Labyrinthen die Truppen zu jeder Stunde des Tages und der Nacht am Gewehr, stets bereit, jeden Versuch des belagerten Feindes, den Gürtel der Belagerung zu sprengen, zurückzuweisen. Die Beobachter der Artillerie und Minenwerfer stehen Tag und Nacht auf ihren Wägen. Die Batterien, verborgen in Waldern, in Schnee und Eis verunkelt, sind jede Minute feuerbereit. An Dunkelheiten von Abschnitten kommt es zu Artilleriekämpfen, Feuerüberfällen und heftigen Kanonaden, die Fähigkeit und Pflicht-treue verlangen, auch blutige Opfer fordern.

In der Nacht schieben sich Patrouillen vor die Drahtverhänge, lauern die Dörkpesten in Sappenlöchern und Granatstrichern und vorbringen stille Geldentaten, die niemand kennt. Täglich werden mit Rähen und Gefahren kleinere und größere Erkundungen unternommen, die bis in die feindlichen Stellungen führen. Die Pioniere wühlen und bauen in den Schächten und horchen aufmerksam auf jedes Geräusch unter der Erde. In den Lauf-

# Gewerkschaftliches.

## Die freigewerkschaftliche Bewegung des Staatspersonals auf dem Marsche.

Man schreibt uns:

Sämtliche Organisationen des deutschen Staatspersonals stimmen darin überein, daß die Festbesoldeten die wirtschaftlichen Begleitererscheinungen und Folgen dieses Krieges in viel höherem Maße empfinden, als alle anderen Berufsstände. In dieser Feststellung gehen also freigewerkschaftliche und nicht gewerkschaftliche Organisationen einig. Auch darüber herrscht Einstimmigkeit, daß im Laufe der letzten drei Jahrzehnte das Staatspersonal auf der wirtschaftlichen Stufenleiter ganz erheblich herabgeglitten ist, ein Zustand, den wir längst vor dem Kriege festgestellt haben, der nun aber infolge der raschen Geldentwertung dieses Krieges besonders trotz zutage tritt und nun auch anderen Staatsbeamten- und Staatsarbeiterorganisationen mit einem Schlag die Augen geöffnet hat. Die wirkliche Lage des Staatspersonals liegt nun klar zutage und kann durch seine äußerlichen Momente, die vor dem Kriege so gern zur Verschleierung der Stellung des Staatspersonals vorgeführt wurden, beiderseitig werden.

Es ist nun interessant, festzustellen, daß jetzt ein Teil der nichtgewerkschaftlichen Staatsarbeiterorganisationen sich überboten in der Feststellung dieses Zustandes und darin zurzeit ihre ganze Organisationsarbeit finden. Sie vergessen die Hauptfrage: die Begründung der Ursachen und die Vorschläge zur Verbesserung der Lage. Damit ist doch dem Staatspersonal nicht gedient, daß man ihm immer wieder seine Notlage nachweist. Dazu bedarf es nicht der Organisationen, denn diese Notlage spürt es schon am eigenen Leibe. Ein anderer Teil der Staatsarbeiterorganisationen glaubte die Lage des Staatspersonals durch das Anstreben eines Staatsarbeiterrechts verbessern zu können. Diese haben einige Professoren gewonnen zur Ausarbeitung einer Denkschrift und glauben mit recht viel Papiervertrieb die Notlage des Staatspersonals totschlagen zu können. Sie haben aus der Geschichte der Organisierung des Staatspersonals nichts gelernt und sehen auf den seit Jahrzehnten eingeschlagenen Wegen ihren Trab fort.

Aus den Reihen der Staatsbeamtenorganisationen dringt energischer der Ruf nach zweckmäßigeren neuen Praktiken in Organisationswesen. Man ist sich dort des Ernstes der Lage voll bewußt, konstatiert, daß es vor dem Kriege an Vorschlägen für Gehalts- und Lohnerhöhungen nicht gefehlt habe. Die Gehälter müßten also an anderer Stelle eingeleitet werden. Die Verbraucher und Wohnungsmieter müßten sich zusammenschließen, um nach dem Kriege so wirksam in der Bestimmung der Lebensmittel-, Waren- und Wohnungspreise mitzuwirken. Das Konsumgenossenschaftliche, antikapitalistische, wirtschaftssozialistische Prinzip soll also in die Tat umgesetzt werden. Hierin gehen also die Beamtenorganisationen mit uns einig. Sie dürften sich aber den Tatsachen nicht verschließen, daß dieser Weg allein nicht zum Ziele führt.

Die Beeinflussung des Lebensmittel- und Wohnungsmarktes um, durch besondere Aktionen des Staatspersonals hat bekanntlich im Frieden schon zur offenen Kampfzange der Handels- und Kaufmannswelt und des Handwerkerstandes geführt, und dort wurde — trotz der ungenügenden Schalter und Löhne — die ungerechtfertigte Lebensart geprägt von der Begehrlichkeit des Staatspersonals und in der Dessenlichkeit damit freigespielt. Die Folgen eines lächerlichen Zusammenstießes sämtlicher Staatsbeamten und Staatsarbeiter zu dem alleinigen Zwecke, die Produzenten, Händler, Kaufleute, Bodenbesitzer und Hauseigentümer zu beeinträchtigen, hat auf der anderen Seite das Bestreben zur Folge, den Staatsfiskus zur Befoldung der Staatsbediensteten zu verdrängen.

Bekanntlich finden solche Bestrebungen außerordentlich streife gegen die Staatsbediensteten bei den Regierungen keine tauben Ohren. Wir sind ganz und gar nicht für eine Anglimmerpolitik und für eine Politik der großen Rücksichtnahme auf die Produzenten, Händler- und Wohnungsmieterinteressen. Wir sind aber der Ansicht, daß man nach Wegen suchen muß, die ohne grobe Reizung der anderen Berufsstände zur Verbesserung der Lage des Staatspersonals führen, zu Wegen, die die Besoldungsverbesserungen schaffen, und zwar solche, die nicht beim nächsten Wohnungsquartal auf die Miete geschlagen werden oder zeitlos in den Beutel der Produzenten fließen. Der Weg ist gefunden; er ist mit Erfolg von den freigewerkschaftlichen Privatarbeitern beschritten worden und hat im Kriege seine Kraftprobe bestanden. Es ist die freigewerkschaftliche Regelung durch ständige Tarifkommissionen.

Die allgemeine Wirtschaftslage und die Entlohnungen müssen in Einklang gebracht werden. Feuerungen auf dem Lebensmittel-, Warenpreiserhöhungen und Mietsteigerungen müssen sofort in Gehalts- und Lohnerhöhungen umgesetzt werden. Das ist das Grundprinzip der freigewerkschaftlichen Regelung. Von einer Bevorzugung des Staatspersonals gegenüber anderen Berufsständen ist hier also keine Rede, und damit fallen alle die Argumente der übrigen Steuerzahler (das Staatspersonal ist nämlich auch Steuerzahler) ins Wasser. Die Erlangung höherer Löhne und das gleichzeitige Bemühen, diese höheren Löhne nicht durch Sinken des Geldwertes illusorisch zu machen, ist die Hauptaufgabe der Tarifkommissionen.

Wir sind uns wohl bewußt, daß die nicht freigewerkschaftlichen Staatspersonalorganisationen wohl innerlich dazu bereden können, uns hier auf diesem Wege zu folgen. Sie schleppen die Praktiken einer hundertjährigen Beamten-geschichte wie eine schwere Kette hinter sich her. Die Angst der Beamten in sozialistische Praktiken hält sie von dieser einfachen und einzigen Lösung des ganzen Staatspersonalproblems dauernd fern.

Sie mögen wollen oder nicht: stärker als die Einflüsse der sogenannten staatsbeherrschenden Organisationen wird der Einfluß der Erfolge der freigewerkschaftlichen Methoden sein. Der kommenden Friedenszeit ist das eine sicher, daß der Krieg noch lange seine Schatten auf die wirtschaftlichen Zustände werfen wird. Die kapitalistischen Kreise der Kriegszeit werden dort erst recht das Feld behaupten. Das Staatspersonal wird in seiner wirtschaftlichen Lage noch weiter nach abwärts rücken, trotz regierungsfreundlicher Organisation, trotz Staatsarbeitergeiz, trotz Verbraucherbewegung. Gingegeben werden die

Privatarbeiterkreise mit ihren rein freigewerkschaftlichen Praktiken auf Grund der Tarifverträge sich weiter fest im Wirtschaftsprozess aufwärtsarbeiten. Die Löhne werden uns recht geben, und auf Grund dieser Löhne wird die Organisationsbewegung des Staatspersonals einen freigewerkschaftlichen Charakter annehmen, nicht zum Schaden des Staatspersonals und auch nicht zum Schaden der Staatsverwaltungen selbst.

### Berlin und Umgegend.

#### Jahresbericht der Textilarbeiter.

In dem Geschäftsbericht, der in der Generalversammlung der Zentrale Berlin des Textilarbeiterverbandes am Mittwoch erstattet wurde, wird unter anderem folgende: Das Jahr 1918 war für die Berliner Textilarbeiter kein günstiges. Die Ursachen der Textilindustrie mit Ausnahme der Seiler haben wegen des Materialmangels stark gelitten. Es herrschte eine große Unsicherheit in der Beschäftigung. Zeitweise war viel, dann wieder wenig oder gar keine Arbeit vorhanden. Infolgedessen wurden manche Betriebe geschlossen andere verließen die Arbeit. Es herrschte eine fortwährende Pervurbation. Die Bemühungen der Organisation gingen dahin, die Betriebe, wo es anging, zur Innehaltung der vollen Arbeitszeit zu veranlassen, und wo das nicht durchzuführen war, mühte die Textilindustrie in Anspruch genommen werden. Die Arbeitslosigkeit hat auch gemeinsam mit den Unternehmern bei den Behörden Schritte getan, um Material freizubekommen, damit der Betrieb nach Möglichkeit aufrechterhalten werden konnte. Ferner war die Tätigkeit der Organisation auf die Verbesserung der Löhne gerichtet. Der Erfolg war derart, daß fast überall Lohnerhöhungen bis zu 30 und 35 Proz. erreicht wurden. Manche Betriebe haben im Laufe des Jahres mehrmals Feuerungszulagen bewilligt. Aber trotz der Lohn- und Feuerungszulagen ist der Verdienst der Textilarbeiter, die ja fast ausschließlich in Accord arbeiten, nicht höher geblieben, als er im Jahre 1915 stand. Das kommt daher, daß das jetzt zur Verfügung stehende Material viel schwerer zu bearbeiten ist als das früher benutzte.

Die Stickerindustrie leidet am schwersten unter den Zeitverhältnissen. Ihre Erzeugnisse dienen lediglich dem Luxus. Sie werden während des Krieges sehr wenig begehrt, und soweit noch Nachfrage vorhanden ist, kann sie wegen Materialmangel nicht befriedigt werden. Die Stickerindustrie beschäftigt vor dem Kriege in Berlin 10-12000 Arbeiter. Jetzt liegt sie völlig darnieder.

In den Häbereien herrschen insofern unbedrückende Lohnverhältnisse, als die Löhne sehr verschieden sind. Der Verband hat sich mit einem Schreiben an die Unternehmer gewandt, um durch Verhandlungen eine Gleichmäßigkeit der Löhne herbeizuführen. Doch die Unternehmer haben gar nicht geantwortet. Nachdem das Hilfsdienstgesetz in Kraft getreten war, erinnerten sich die Unternehmer der Arbeiterorganisation. Sie machten den Vorschlag, gemeinsam mit den Arbeitern dahin zu wirken, daß ein besonderer Kriegszuschlag für die Textilindustrie eingeleitet werde. Auf diesen Vorschlag ist aber die Arbeiterorganisation nicht eingegangen, weil sie der Meinung ist, daß die Interessen der Arbeiter in dem Kriegszuschlag der Berliner Metallindustrie, der ja auch für die Textilindustrie zuzuhilfen ist, besser gewahrt werden, als es in einem besonderen Zuschlag für die Textilindustrie der Fall sein würde.

Die Statistik des Arbeitsmarktes zeigt jetzt auch im dritten Kriegesjahre keine erheblichen Schwankungen in Angebot und Nachfrage. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen das Vorjahr um 180 zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen hat sich um 235 vermehrt. Die Zahl der besetzten Stellen ist um 142 geringer geworden.

Die Zahl der Mitglieder ist von 1433 (683 männliche und 750 weibliche) auf 1863 (710 männliche und 1153 weibliche) zurückgegangen. Es ist also bei den männlichen Mitgliedern eine Verminderung von 225, bei den weiblichen eine Vermehrung von 154 eingetreten. Der Rückgang der Gesamtzahl beruht somit auf 71. Daraus ergibt sich, daß der durch den Krieg verursachte Mitgliederverlust nicht mehr weiter fortschreitet, sondern daß eine gewisse Stabilität des Mitgliederbestandes eingetreten ist.

#### Jahresbericht der Gut- und Filzwarenarbeiter.

Nach dem von Rödel in der Jahres-Generalversammlung am Mittwoch erstatteten Bericht sind die Aussichten für den Beers jetzt nicht gerade sehr günstig. Die Volkshutsfabrikation ist durch die Beschlagnahme der Rohmaterialien ganz lahmgelegt. Während zu Anfang des Jahres 1918 durch den Bezug ausländischer Materialien die Arbeit in einigen Betrieben wieder aufgenommen werden konnte, änderte sich die Situation mit einem Schlag, als die Kriegserklärung Italiens erfolgte; von da ab hörte jede Möglichkeit auf, noch Rohstoffe zu beschaffen. Die vier in Betracht kommenden Betriebe versuchen nun, Quarthüte anzufertigen, sind aber noch nicht groß über den Versuch hinausgekommen. — In der Seidenindustrie haben sich die Arbeitsverhältnisse nicht gebessert; es sind im ganzen in drei Betrieben 11 Kollegen beschäftigt. — Etwas lebhafter war die Dames- und Strohhutsfabrikation beschäftigt. Nachdem der größte Teil der Mitglieder in anderen Berufen beschäftigt ist, war es doch möglich, alle vorhandenen Plätze mit männlichen Arbeitskräften durch den Verbandserbottensnachweis zu besetzen.

Die weitere Steigerung der Lebensmittelpreise und aller Verbrauchsgüter zwang auch im Jahre 1918 zu dem Versuch, einen Ausgleich zwischen Lohn und Lebenshaltung herbeizuführen. Dem eifrigsten Bemühen der Organisation und der Kollegen selber gelang es, Lohnaufbesserungen zu erzielen, die schließlich auch verträglich fixiert wurden. Im Herbst wurde dann nochmals die Lohnfrage angesprochen. Die Folge war das schließliche Zustandekommen eines Lohntarifs, der zwischen der Arbeiterorganisation und dem Verband der Berliner Damenhutfabrikanten abgeschlossen wurde. Dieser Tarif gilt seit dem 1. Dezember 1918. Im Laufe des Jahres waren auch eine Anzahl Differenzen zu regeln. Die Erfolge des Jahres sind als ergebnislos anzuerkennen. Als ein Ausgleich gegenüber der großen Teuerung sind die erhöhten Löhne jedoch nicht anzusehen. Die Mitgliederzahl sank von 681 auf 604. Die Verbandskasse verzeichnet in Einnahme und Ausgabe mit 2024 M. ab. Die Kassa hatte einschließlich des Bestandes von 1910 M. eine Jahreserinnahme von 4310 M. Nach Abzug der Ausgaben verblieb ein Bestand von 684 M. Gewählt wurden als Vorstandsmitglieder Georgiewitz, als Schriftführer Kriz, als Beisitzer Klatt und Kobowatz.

## Aus der Partei.

### Klärung auch in Sachsen.

Der Landesvorstand für Sachsen rief am den 8. Februar eine Sitzung der Landeskommissionen ein, um Maßnahmen zur Sicherstellung der normalen Parteitätigkeit zu beraten. Zu Beginn der Sitzung wurde eine Klärung darüber veranlaßt, wer von den Anwesenden sich auf den Boden der Beschlüsse der Sonderkonferenz vom 7. Januar stelle. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes bezw. verweigerten jede Erklärung, ebenso der Bezirksvorstand von Dresden. Fleißner, und das Landesvorstandesmitglied Schulze-Cosibaube hatte schon vorher in einer Landesvorstandssitzung erklärt, daß er die Beschlüsse der Sonderkonferenz anerkenne und für sie wirken werde. Die übrigen Mitglieder des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände wiesen jede Gemeinschaft mit den Beschlüssen der Sonderkonferenz zurück. Da die Opposition weiter in Sitzungsstimmern verblieb, wurde die Sitzung anderweitig fortgesetzt, um über die zu treffenden Maßnahmen zu beraten.

Am Sonntag fand auch eine Konferenz des Bezirksverbandes für die neun ostfälischen Wahlkreise statt. Nach mehrstündiger, erregter Geschäftsordnungsdebatte wurde mit 19 gegen 9 Stimmen beschlossen, mit denjenigen Mitgliedern, die die Beschlüsse der Oppositionskonferenz anerkennen oder keine genügende Auskunft über ihre Stellung gaben, jede Gemeinschaft und Weiterarbeit abzulehnen. Die hieron Betroffenen beteiligten sich an der Abstimmung. Hierauf mußte der bisherige Bezirksvorsitzende Fleißner, zwei Vertreter aus dem 8. und ein Vertreter aus dem 9. Kreise die Sitzung verlassen. Dann wurde die Tagung sachlich erledigt und dabei betont, daß die Achtung vor der Aufzeichnung des einzelnen nach wie vor hochgehalten werden soll.

Vom Niederrhein. Die Bezirksleitung vom Niederrhein hat mit 13 gegen 11 Stimmen eine Resolution angenommen, die organisatorische Schritte gegen oppositionell gekinnte Parteimitglieder und Parteioptionen ablehnt und die Erhaltung der Parteeinheit für möglich erklärt. Weiter heißt es:

Sie spricht sich für gegenseitige Duldung und für Meinungsfreiheit in der Partei aus, zugleich erklärend, daß sie in der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Anhänger unter den Umständen, die der Krieg schafft, keinen Erfolg gegen die Grundzüge der Partei oder ihre Organisation erblickt.

Sie bestreitet dem Parteivorstande, dem Parteiausführer oder anderen Parteivorkörpern außer dem Parteitag das Recht, Parteimitglieder oder Parteioptionen aus der Partei zu weisen oder als anßerhalb der Partei liegend zu erklären.

Sie fordert die Parteigenossen und Parteigenossinnen des Bezirkes auf, den Bruderkampf zu vermeiden und für die Hochhaltung der sozialistischen Grundzüge und die Ausbreitung der Partei nach Kräften zu wirken.

Die 13 Mitglieder der Bezirksleitung deuten den Brumen zu, nachdem das Kind hineingefallen ist. Hätte die Widerheit eben nicht gegen die Mehrheit den reichsweitesten Bruderkampf geführt, hätte sie in gegenseitiger Duldung das Beschlusrecht der Mehrheit anerkannt, so wäre es nie so weit gekommen. Keinem, der Duldung üben und den Bruderkampf vermeiden will, ist es benommen, in der rechtmäßigen Parteioption zu bleiben oder in sie wieder einzutreten, mag er die Beschlüsse der Mehrheit auch sachlich bekämpfen.

Ferner wurde mit 11 gegen 11 Stimmen ein Protest gegen folgende Erklärung des Bezirkssekretärs Genossen Haberland angenommen:

„Die Trennung der Partei ist durch die Opposition bereits durchgeführt, das könne er aus seiner niederrheinischen Erfahrung nur bestätigen. Er als Bezirkssekretär sei dort vollkommen ausgeschlossen, weil er zur Parteeinheit gehöre.“

Wenn die 14 Mitglieder der Bezirksleitung auch jetzt gegen diese Erklärung protestieren, so beweist sie doch, daß Genosse Haberland von der „gegenseitigen Duldung“, die nun gepredigt wird, und vor der Vermeidung des Bruderkampfes nichts gemerkt hat.

Zum Verhängnis. Das auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehende „Volkblatt“ legt sich für die Berliner Organisation seiner Partei mit folgenden bewegten Ausführungen ein:

Die Berliner Organisation ist nicht eine Kette von Parteiverbrechern, wie sie danach erscheinen müßten. Die Mehrheit der Berliner Genossen stellt nur für eine Politik, wie sie von der Partei bis zum Kriege als sozialistisch geübt wurde. Das ist ihr Verdrehen. Die entschiedene Opposition gegen die Kriegspolitik der Fraktions- und Parteivorstandsmehrheit wird ihr zum Verhängnis.

Das ist eine vielleicht von Gutwilligkeit diktierte, aber vollständig irreführende Verleumdung der Organisationsgenossen. Kein Mensch ist gehindert, in der sozialdemokratischen Partei das zu vertreten, was er für die richtige sozialistische Politik hält. Aber, daß die Arbeitsgemeinschaft jeden, der anderer Meinung zu sein mag als sie, als Verräter und Schergen brandmarkt, daß sie auf demokratische Disziplin pößt, erst die Reichstagsopposition sprengte, dann die Partei im Grunde mit den Spartakusleuten zu sprengen versuchte, und schließlich eine eigene Parteioption gründete, das ist ihr — um diesen treffenden Ausdruck des „Volkblatt“ zu wiederholen — in Wahrheit „zum Verhängnis“ geworden!

## Aus Industrie und Handel.

### Börse und Wilsons Drohung.

Die Berliner Börse war Montag ganz nachlässig schwach. Das mächtige charakteristische Merkmal bleibt bestehen: die Kurse stiegen weniger infolge drängenden Angebots als mangelnder Nachfrage. Das „Publikum“ der Kapitalisten hält an seinem Aktienbesitz fest, weil es in der Beteiligung an der deutschen Industrie einen gegenständlichen Wert sieht und weiß, daß heute noch wie gestern glänzend verdient wurde. Zum erstenmal seit Kriegsbeginn teilt der „Lokal-Anzeiger“ — es besteht bekanntlich ein Verbot der Kursveröffentlichung zur Vermeidung spekulativer Anreize — die ungefähren Abschläge zu Wörzenbeginn mit:

Auf dem Montangebiet hielten Kombi und Thale zirkulär 2 Proz., Eodumer, Hohenlohe, Wenden und Schwerte und Gebirge 3 Proz., Rhön, Wismar, Wismar und Wismar Eisenwerke zirkulär 4 Proz., matter. Sonstige Aktien verloren Neumetal 5 Proz., Deutsche Waffenfabrik 6 Proz., Gußstahl 7 Proz., ferner Thyssen, Hocht, Dania-Block, Benz und Kottweiler entsprechend nachgehend. Schiffbauaktien angeboten, aber nicht in größeren Beträgen. Sapag, Lloyd und Hansa bis zirkulär 5 Proz. nachgehend. Elektrische Werke still und durcheinweg matter. Deutsche Anleihen gingen um kleine Bruchteile zurück, ebenso Oesterreichisch-ungarische Renten abgenommen. „Im nächsten Verlauf gingen die Kurse der führenden Werte weiter zurück.“

### Eingegangene Druckchriften.

Nach Natur und Weltanschauung. Band 333/354. Umrisse der Weltanschauung. Von Prof. Dr. Julius Hübner. 1. Band 1871-1907, 2. Band 1908-1914. Geb. je 1,20 M., geb. je 1,50 M. Verlag S. O. Lehner, Leipzig.

Neue Welten. Die Grabung der Erde in Darstellungen großer Naturforscher. Von Wilhelm Bölsche. In Weinward geb. 6 M. Verlag Deutsche Bibliothek, Berlin W. 06.

Der Tod und das Leben 1915. Kriegserichte von Offizieren des I. C. A. Linsingen. 1. M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Schwarzen und die Wolken. Erinnerungskriegsart. Nr. 33. 1. M. Verlag Karl Neumann, L. A., Berlin W. 20.

Severinstraße für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den letzten Teil d. Mottos: Alfred Scholz, Reußstr.; für den letzten Teil d. Mottos: 1. M. Druck u. Verlag: Hermann Neumann, L. A., Berlin W. 20.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Mittelstandsschutz im Kriege.

Der verhärtete Staatshaushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses beriet am Montag den Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der Berichterstatter W. Defer (Sp.) wies auf die Folgen des Krieges für die Produzenten und besonders auch für die Handwerker hin. Der Minister führte aus: Im letzten Jahr ist das Handels- und Gewerbe in den Kriegsjahren mehr beunruhigt worden, es wurden 100 Millionen Mark an Aufträgen vermittelt. Die Beschäftigungslage ungünstig, in Berlin seien fast 30 000 nur 7000 Beschäftigte. Die Industrie nehme die Beschäftigung durch bessere Bezahlung weg. Im Ministerium beschäftigt man sich mit der Frage, wie noch dem Kriege das Handwerk besser mit Beschäftigung versorgt werden könne. Der Minister will mit dem Finanzminister verhandeln, ob eine Ausdehnung der Kriegshilfsleistungen möglich sei. Ein freisouveräner Wirt stellt sich, daß an 800 Versorgungsbetriebe der Handwerker Lieferungen der Behörden gegeben wurden; die Lieferungen hätten vollzogen. Nach dem Bericht der Handwerkskammer Berlin seien die Zahlen für die fehlenden Beschäftigten noch größer als der Minister mitgeteilt habe: früher 45 000 und jetzt nur 7800 Beschäftigte. Die Kriegsgesellschaften seien eine große Gefahr für den Mittelstand. Bei der Verteilung der Lebensmittel sollten die Kleinbändler mehr berücksichtigt werden. Der Minister erklärte, daß seine Tätigkeit auf letzterem Gebiete sich nur auf Anregungen beschränken müsse. Ein freisouveräner Wirt behauptet, daß der Minister hier nicht durchgreifen wolle. An wen solle man sich denn wenden, wenn der Minister versage. Bei der Vergebung der öffentlichen Arbeiten sollten zunächst die kriegsbeschädigten Handwerker berücksichtigt werden. Auch in dem Reichskommisariat für Lebensmittelwirtschaft müßten die Handwerker vertreten sein. Der Minister teilte mit, daß demnächst im Kriegsernährungsamt eine Besprechung stattfinden werde über eine bessere Verteilung des Getreides und Kleinfleisches bei der Lebensmittelverteilung. Ein Zentrumredner wies auf das Bestehen des Kriegsdienstes hin, kleine Handwerksbetriebe stillzulegen; das gehe nicht an. Auch die weiteren Redner setzten sich für den gewerblichen Mittelstand ein.

Vom preussischen Fideikommissgesetz.

Die Beratung des Fideikommissgesetzes im Ausschuss des Abgeordnetenhauses ist bis zum 5. 28. gediehen. Der fortschrittliche und nationalliberale Antrag, den zulässigen Höchstbetrag des landwirtschaftlichen Bestandes für Neubegründungen (neben unbeschränktem forstwirtschaftlichen Besitz) von 2000 Hektar auf 1500 Hektar herabzusetzen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, die unbeschränkte Zulassung der fideikommissarischen Bindung 50-jährigen Bestandes zu streichen. Ein Zentrumsantrag, die Höchstgrenze auf 3000 Hektar festzusetzen, wurde angenommen. Abgelehnt wurde ferner der fortschrittliche Antrag, den Kreisauschuss als beratende Behörde durch den Reichsausschuss zu ersetzen. Abgelehnt wurden ferner sämtliche von der Linken gestellten Anträge hinsichtlich der Kontinuitätsbeschränkung. Angenommen wurde ein nationalliberaler Antrag, nach welchem bei einer Fideikommissgründung in der Regel Grundbesitz zur Bildung selbständigen mittleren oder kleinen Besitzes zur Verfügung gestellt werden sollte, jedoch mit einem konstitutiven Zusatz: „bei Mangel an geeignetem ungebundenen Grundbesitz in der Nachbarschaft.“ Nach § 13 des Gesetzes kann ein Fideikommiss auch für einen hundertjährigen oder dreißigjährigen oder in der Geschäftstätigkeit beschränkten und Wahrung der Behörde durch einen gesetzlichen Vertreter errichtet werden. Diese Bestimmung wurde von fortschrittlicher Seite mit Unterstützung der Nationalliberalen und der Freisouveränen als eine große Durchbrechung unseres bürgerlichen Rechts bezeichnet, nach welchem auch die geringfügigste Veränderung der gesetzlichen Ordnung nur durch den Erlaß der Legislative, niemals aber durch einen gesetzlichen Vertreter geschehen könne. Die Regierung verteidigte diese Bestimmung mit der Begründung, daß die Fideikommissgründung ein Geschäft unter Lebenden und keine letztwillige Verfügung sei, trotz des Hinweises darauf, daß dies auch vom Erbvertrage gelte, den auch nur der Richter selbst schließen dürfe. Die Mehrheit, bestehend aus Sozialisten und Zentrum, genehmigte die Regierungsvorlage und nahm lediglich einen Zusatz des Inhalts an, daß für einen wegen Trunksucht oder Verschwendung Entmündigten der Vormund kein Fideikommiss gründen dürfe. Weitere Versuche der Linken, das Privilegienrecht der Fideikommissgründer zu mildern, scheitern auf geschlossenen und erfolgreichen Widerstand der Regierung und der Rechten.

Aus Groß-Berlin. Vor dem Laden.

In Schnee und Eis und eifrigem Rausch stehen Frauen und Kinder wieder vor den Läden, um Brot und Mehl und Kaffeebohnen. Und haben sie nach Stunden etwas erstanden, so tragen sie mit den vier hundert Gramm ungeweihten auch den Schnupfen, im Wiederholungsfalle den Halskatarrh und wenn Gott will schließlich auch die Influenza oder gar eine Lungenentzündung mit nach Hause. Vorn an der Front der Kolonne steht der Schutzmann im Pelztragen und warmen Mantel. Jeder gönnt dem Mann, dessen Dienst sich auf der Straße vollzieht, diesen Kälteschutz. Aber man fragt sich, ob denn die Öffentlichkeit nicht auch die „Angesetzten“ schützen müßte! Wenn alles richtig rationiert und verteilt würde, gäbe es zweifellos kein Anstehen, also haben die für die Verteilung Verantwortlichen auch die Opfer ihrer Mißerfolge zu schützen. Darum Magistrat und Kriegsernährungsamt, heraus mit diesen Mänteln und Kaffeebohnen für die in Eis und Schnee Stehenden! Und nicht erst erwidern, bis — der Himmel, der ihn ersehnt, den Dred, der Himmel, er touw ihn auch wieder weg!

Eine Erhöhung der Kohlenpreise.

Der Verband der Berliner Kohlenhändler hat sowohl die Nicht- als die Transportpreise für Brennmaterial erhöht, und zwar um 100 Stück Brennstoff als Lager um 10 Pf. bei Hans um 25 Pf.; für Kohlen zu gewerblichen Zwecken tritt ein Transportzuschlag von 20 Pf. pro Zentner ein. Für Brennstoff beträgt die Verteuerung ab Lager 1 Pf., bei Hans 2,50 Pf. Die Verteuerung wird begründet mit erhöhten Ausgaben für Transport und mit einer erhöhten Lohnzahlung an Arbeiter und Fuhrleute. Die neuen Richtpreise für Hausbrandzwecke sind:

Ab Lager:	Zife	Kaiser	Krons	Vulkan
100 Stück	1,80	1,45	1,40	1,35
1000 Stück	14,00	13,50	13,00	12,50
frei Haus:				
100 Stück	1,83	1,50	1,75	1,70
1000 Stück	15,00	17,50	17,00	16,50

Somit auf den Bahnhöfen Verkäufe aus den auf öffentlichen Ausladegleisen stehenden Waggons erfolgen, tritt eine Er-

mäßigung von 25 Pf. für 100 Stück Hausbrand-Brennstoff auf die festgesetzten Preise. — Für 10 Pf. sind 6 Stück Zife bzw. Kaiser- oder 7 Stück Krons- bzw. Vulkan-Brennstoff zu verabfolgen.

Der Großhändlerverband sagt in seinem Antwortschreiben an die Händler: „Es wird und berichtet, daß ungeachtet unserer wiederholten Warnung, die vom Verband der Berliner Kohlen-Großhändler bekanntgegebenen Richtpreise nicht zu übersteigen, in letzter Zeit wiederholt höhere Preise vom Publikum bezahlt worden sind. Auch soll bei Verkäufen aus dem Waggon auf öffentlichen Ausladegleisen hiesiger Bahnhöfe kein angemessener Preisabschlag bewilligt worden sein. Ein solcher muß aber mindestens in Höhe von 25 Pf. für den Zentner bzw. 100 Stück im Hinblick auf die erhöhten Fuhrlohn- und Kosten eintreten. Die Behörde betrachtet, wie wir nochmals betonen, die Richtpreise des Verbandes als Höchstpreise und erbittet in deren Überschreitung eine Bewachung des Publikums, gleichmäßig aber der betreffende Händler selbst einen Preisabschlag gefordert, oder ob er nur von dem Anerbieten der Kundenschaft einen höheren Preis zu zahlen, Gebrauch gemacht hat.“

Zwischenhandlungen würden, so sagt das Antwortschreiben, unter Umständen empfindlich selbst mit der Schließung des Geschäfts, von den Behörden bestraft. Das ist recht so! Die Großhändler haben's freilich bequemer; sie erhöhen ihre Preise auf „legale“ Weise, und so kann ihnen niemand etwas wollen. Die Verbraucher sind machtlos und müssen zahlen. Zu all den Räten und Entbehrungen kommt nun noch eine empfindliche Verteuerung des Brennmaterials, zu einer Zeit, wo die nahezu sibirische Kälte (heute 22 Grad Celsius unter Null in Berlin, 20 Grad in Zehlendorf, 33 in Potsdam) zu bedeutend erhöhtem Brennstoffverbrauch zwingt, zumal da der Rationierungsmittel- und besonders der Fettmangel den menschlichen Körper viel weniger widerstandsfähig gemacht hat. Man hat den winterlichen Kohlen- und Brennstoffverbrauch Groß-Berlins natürlich schon vor vielen Monaten vorausgesehen und dennoch nicht vorgeorgt. Jetzt aber müssen die Verkehrs- und Anfahrtsverhältnisse als Vorbild zu einer neuen schweren Belastung der nichtbesitzenden Bevölkerung dienen!

Neue ministerielle Grundzüge für die Kriegsspeisehäuser.

In einem Erlaß an den Oberpräsidenten von Berlin und die Regierungspräsidenten hat der Minister des Innern eine Reihe neuer beachtenswerter Grundzüge für die Kesselspeisung durch die Gemeinden aufgestellt. In diesem Erlaß wird gleichfalls Wert darauf gelegt, daß alle Gemeinden, in denen hierzu ein Bedürfnis vorliegt oder im Laufe des Winters eintritt, baldigst Einrichtungen schaffen, die es ermöglichen, daß jeder Mann, der das Bedürfnis empfindet, aus öffentlichen Speisungen genutzfertige Speisen zu angemessenen Preisen beziehen kann. Die Aufsichtsbehörden haben zu diesem Zweck, wo es erforderlich erscheint, die Schaffung entsprechender Einrichtungen, soweit sie noch nicht vorhanden sind, zu fördern. Bei der Regelung dieser Einrichtungen sind von den Gemeinden, nötigenfalls von den Aufsichtsbehörden, die ministeriellen Grundzüge zu beachten. Danach soll die Speiseausgabe zu den Selbstkosten, ausgenommen die ersten Einrichtungen, erfolgen. Die Verrechnung zur Inanspruchnahme der Speisung darf nicht an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft werden. Der Gemeinde ist gestattet, verschiedene Arten von Küchen einzurichten (Küchenbeständen usw.), jedoch darf deren Benutzung nicht an besondere Voraussetzungen gebunden sein. Die Speisung darf nur gegen Ablieferung der Lebensmittelarten erfolgen. Die Verrechnung der Lebensmittel in den Gastwirtschaften muß nach den gleichen Grundzügen wie in der Kriegsspeisung erfolgen. Für die Entscheidung der Bedürfnisfrage sind keine allgemeinen Grundzüge aufgestellt worden.

Freizügigkeit von Volksspeisungsteilnehmern.

Bei der Berliner Volksspeisung wird die in den Speiseausgabestellen gebotene Möglichkeit, die entnommenen Speisen auch sogleich dort zu verzehren, von vielen Personen gern benutzt. Männen wäre aber sehr damit bedient, wenn sie nicht für ihr tägliches Mittagmahl an eine bestimmte Ausgabestelle gebunden wären. Es gibt Arbeiter und Angestellte, die tagüber viel unterwegs sind und nicht immer zur Speisungszeit ihre Speiseausgabestelle erreichen können. Der bei der Vorausbestellung ihnen für die ganze Woche eingehändigte Speiseausgabeschein macht es jedoch unmöglich, die Ausgabestelle nach Belieben zu wechseln. Dem Uebelstand soll, wie wir hören, abgeholfen werden durch Einführung besonderer Scheine, die eine Freizügigkeit zulassen. Diese Speiseausgabescheine werden nicht für Ausgabestellen gelten, sondern nur für Küchen, weil man dort leichter auch mal einen unangemeldeten Gast beherbergen kann. Die Inhaber solcher Scheine sind berechtigt zur Entnahme von Speisen aus jeder beliebigen Küche der Berliner Volksspeisung.

Das muß endlich anders werden!

Die Klagen, daß bei der Berliner Volksspeisung man in den Ausgabestellen manchmal das Essen mit großer Verspätung erhält, hören nicht auf. Heute wird das Essen nicht pünktlich aus der Küche angeliefert, morgen reicht die gelieferte Menge nicht für alle gemeldeten Teilnehmer, und so geht das fort. In der letzten Woche wiederfuhr es einer im äußersten Teil der Schönhauser Vorstadt wohnenden Familie, daß sie ihr Mittagessen gar erst gegen Abend erhielt. Bei der Speiseausgabestelle in der Zdenstraße, wo die Mutter durch zwei Mädchen das Essen holen lassen wollte, wurde nach stundenlangem Warten der Bescheid gegeben, es sei nichts mehr da. Dem Rat der Kassiererin folgend, machten die Kinder den für sie etwa dreiviertelstündigen Weg nach der Küche in der Tresestraße, von wo die Speiseausgabestelle beliefert wird, und nachdem sie nochmals gewartet und dann glücklicherweise Essen erhalten hatten, wanderten sie mit ihren Köpfen den selben Weg zurück nach der in der Finnländischen Straße gelegenen Wohnung. Als sie endlich zu Hause ankamen, war es bereits 1/5 Uhr, so daß die Familie bald an das Abendbrot hätte denken können. Solche verdrücklichen Erfahrungen könnten wirklich die Beteiligung an der Volksspeisung verleiden, wenn sie nicht der Bevölkerung durch die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung aufgezwungen würde. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß die durch den Schneeeinbruch verursachten Verkehrserschwerungen die Speiseauslieferung verzögern oder daß die gelieferten Mengen wegen zu „freigebiger“ Bemessung der Portionen nicht reichen. Ein Hauptfehler scheint uns das zu sein, daß man zu wenig Küchen eingerichtet hat, so daß der Verkehr zwischen ihnen und den dazu gehörenden Speiseausgabestellen sehr zeitraubend ist. Berlin hat jetzt, wenn wir recht unterrichtet sind, nur acht solche Küchen mit 62 Ausgabestellen. Wenn der Stadt keine eigenen Räume mehr zur Einrichtung neuer Küchen zur Verfügung stehen, so sollte sie es einmal mit gemieteten Räumen versuchen.

Eine seltsame Stadtverordnetenwahl.

Unter dieser Überschrift lesen wir in bürgerlichen Blättern: Im vorigen Jahre wurde der sozialdemokratische Redakteur Emil Eich-

horn im 7. Berliner Gemeindeviertel der dritten Abteilung mit rund 800 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. Die Wahl wurde für ungültig erklärt, weil E. nicht die Qualität eines Hausbesizers besaß. Vor acht Tagen fand eine zweite Wahl statt, E. der sich in Eile in den Wahllokalen befand, teilte mit, daß er den Reichsbrauch eines Hauses erworben habe. Bei dieser zweiten Wahl erhielt E. 170 gültige Stimmen, alle übrigen haben sich versplittert oder sind ungültig. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Nunmehr stellt sich heraus, daß E. gar nicht einmal Besitzer eines Hauses in Berlin ist. Er soll vielmehr nur Nutznießer des Begräbnisplatzes der protestantischen Gemeinde in Berlin sein, deren erster Vorsitzender der Abgeordnete Adolf Hoffmann (Berlin) ist. Aber auch dies trifft, wie eine Korrespondenz meldet, nicht zu. Im Grundbuch ist ein Redakteur Ernst Eichhorn (Berlin) als Nutznießer des protestantischen Begräbnisplatzes an der Pappelallee für alle eingetragen, gewählt ist aber Emil Eichhorn. Der Stadtverordnetenversammlung wird nun vermutlich nichts anderes übrig bleiben, als zum zweiten Male diese Wahl für ungültig zu erklären.

Die „Stärke“ der Arbeitsgemeinschaften, liegt bekanntlich auf dem Gebiete der Politik und der ganz hohen Politik. Dabei vermögen die Leuten nicht mal einer so einfachen Sache wie der Ordnung einer Stadtverordnetenlandtagswahl Herr zu werden.

Der Brandenburgische Provinzialausschuss hielt am 3. Februar eine Sitzung ab, die hauptsächlich der Einzelberatung des Haushaltsplanes für die Hauptverwaltung und die Anstaltsverwaltungen gienhmet war. Der Zuschlag von 14 Proz. an Provinzialfeuerern wurde beibehalten. In einer Vorlage an den Provinziallandtag wird die Abweisung von 500 000 M. aus den Mitteln der Kriegshilfskasse zur unmittelbaren Erhebung von Darlehen an bedürftige Schiffer beantragt werden. Zur Hebung der Seesüchtigenfürsorge wurde die Hälfte der durch einen Fortbildungsausschuss für Seemann im August-Viktorien-Krankenhaus in Charlottenburg erwachsenden Kosten übernommen. Auch stimmte der Provinzialausschuss bei der andauernden Steigerung der Zahl der Fürsorgezöglinge der Einrichtung von 60 neuen Plätzen in der Brandenburgischen Schul- und Erziehungsanstalt in Strausberg zu.

Abholung von Volkspaketen. Nachdem die Paketannahme wiederholt für mehrere Tage eingestellt worden ist, fängt die Oberpostdirektion jetzt an, auch die Paketbestellung einzuführen. Vom heutigen Dienstag an werden im C- und N-Bezirk Berlins Einschreib- und gewöhnliche Pakete bis auf weiteres nicht bestellt. Die Sendungen werden beim Paketpostamt in der Oranienburger Str. 70/78 zur Abholung durch die Empfänger bereitgestellt. Diese werden vom Vorliegen der Sendungen durch Zustellung der Pakete bei der Briefpoststelle benachrichtigt. Auf jeder Paketkarte wird ein Einweiselzettel beifügt, durch den der Empfänger zur Abholung beim Paketamt aufgefordert wird.

Keine Einschreibepakete mehr. Von morgen, 7. Februar, ist die Einschreibung von Privatpaketen bis auf weiteres ausgeschlossen.

Pakete an Kriegs- und bürgerliche Gefangene in England, Portugal und deren Besitztungen sind wegen der Störung der Postverbindungen zwischen Holland und England bis auf weiteres von der Annahme bei den Postanstalten ausgeschlossen.

Die Annahme von Gütern und Frachtpaketen auf den Berliner Volkshöfen und Ringbahnstationen nach den Direktionsbestimmungen Halle, Magdeburg, Hannover und darüber hinaus ist am 6. und 7. d. M., also heute und morgen mit Ausnahme der nach der Sperrliste zugelassenen Güter, nicht angeht.

Die Verteilungen der königlichen Leihämter haben begonnen. Zum Verkauf gelangen die Fächer aus den Monaten Juli, August, September 1915. Nach dem Gesetz dürfen Web-, Woll- und Strickwaren sowie Erzeugnisse aus ihnen nicht veräußert, sondern müssen der Reichsbefehlungsstelle überwiesen werden. Im Interesse der Fächerhersteller ist, ihre Fächer zu verkaufen — also auch Kleidungsstücke und Wäsche — einzulösen, oder durch Zahlung der Zinsen das Darlehen zu verlängern.

Acht auf die eingelagerten Kartoffeln! Infolge des starken Frostes konnte in den letzten Tagen wiederholt die Beobachtung gemacht werden, daß Keller und Aufbewahrungsräume für Kartoffeln, die bei normaler Witterung genügend Schutz gegen Frostschaden bieten, sich als nicht frostfrei erweisen. Für die dort lagernden Kartoffelvorräte liegt die Gefahr des Verderbens vor. Es wäre daher wünschenswert, entweder den Kartoffeln einen besseren Platz zu geben, oder sie so zuzudecken, daß sie der Einwirkung des Frostes nicht erliegen.

Wo bleiben die Fische? Überall sind die Fischreichen Seen mit Eis bedeckt, wodurch das sogenannte Eisfischen sehr erleichtert wird. Trotzdem werden nirgends Anstalten getroffen, die Bevölkerung mit Fischen zu versehen. In der Mark gibt es eine Menge großer Seen, zu diesen zählen u. a. auch der Wandlitz-, Rahmer- und Liepnitzsee, die seit Kriegsbeginn nicht einmal gründlich abgefischt worden sind. Tausende von Rentnern Fische könnten heute noch gewonnen werden. In den Berliner Parkanlagen werden Fische für Fische bezogen, die mährchenhaft anmuten. Sollte es an Berufsfischern fehlen, dann sind unter den Gefangenen genügend zu finden.

Braterringe in Schmelz sind die neueste Delikatesse, die von gewissenlosen Fischkonservenfabrikanten auf den Markt gebracht wird. In Hamburg wurden Mineralöle (Schmieröle) schon früher zum Bestreichen von Brot in Wädelrösten benutzt und dadurch natürlich Gesundheitsgefährdungen nach dem Genuß dieses Brotes hervorgerufen. Selbstverständlich ist auch die Verwendung von Mineralölen bei der Herstellung von Fischkonserven als eine Verletzung zu bezeichnen. Die Ungeheuerlichkeit der Schmelze, die ekelerregende Beschaffenheit der damit gebrauchten Öle und die völlige Unbedachtlichkeit solcher Ware muß Entsetzungen hervorrufen. Beim Einkauf von Braterringen sollte man sich daher in allen Fällen vom Verkäufer die Konservenbüchsen vorher öffnen lassen und den Inhalt auf seine Geruchsbarkeit prüfen.

Die Feuerwehr hat unter der Einwirkung der großen Kälte besonders zu leiden. Bei den Vorkämpfen frieren nicht nur die Schläuche ein, sondern auch die Motoren von den Spritzen und die Verschlässe derhydranten. Bei einigen Bränden konnten die Hydranten nicht sofort benutzt werden, weil sie mit hohem Schnee bedeckt waren. Montag früh fand das Atelier des Kunstmalers R. Wyber, Lützowstraße 58, in Flammen. Die hatten auch den Dachstuhl des Vorderhauses ergriffen und die Hausbewohner vollständig überdeckt. Die Feuerwehr mußte gleich mit mehreren Schlauchleitungen über Nachbarmauern und Treppen vorbeugen. Erst nach angestrengter Tätigkeit gelang es, den Brand auf den Dachstuhl und das Maleratelier zu beschränken. Gleichzeitige hatte die Feuerwehr einen Dachstuhlbrand in der Franzfurter Allee 44 zu löschen. Dort fand das Dachgeschoss bei Anbruch der ersten Kälte schon in hoher Aufhebung in Flammen. Auch hier war die Lösung der Flammen durch die bittere Kälte erschwert. Hydranten und Pumpen vereisten schnell und mußten aufgetaut werden. — Die Berliner Feuerwehr hatte bis Montag schon 160mal Alarm in diesem Monat zu verzeichnen, fast so viel wie in einem ganzen Sommermonat.

Schleichhandel. Im Westen der Stadt erwischten Postbeamte einen Kutscher, der vier Sack Mehl und einen Zentner Erbsen geladen hatte, beim Schleichhandel. Die Ermittlungen ergaben, daß der Kutscher die Fuhren im Auftrag zweier Händler W. und H. aus der Provinz besorgte. Sie wohnten hier in einem Pensionat, mußten sich Mehl, Erbsen, Oriz, Reis und vielleicht auch noch

andere Sachen zu beschaffen und verkaufen sie unter der Hand an Privatleute zu hohen Preisen. Als Abnehmer wurden mehrere Herren aus dem Westen ermittelt, darunter ein Bankier. Bei diesem fand man noch zwei Säcke Mehl und größere Mengen Getreide, Reis und Erbsen, bei einem anderen eine ungefähr gleiche Menge. Die Säckelbändler wurden verhaftet und ein Strafverfahren gegen sie und ihre Abnehmer eingeleitet.

Zu der Verhaftung von fünf Warenhändlern erfahren wir weiter: Die Frauen kamen aus Linden bei Hannover nach Berlin. Den großen Mehlkorb, in dem sie die Waare weggeschaffen wollten, kauften sie in demselben Warenhaus, in dem sie ertappt wurden. Abwehrend mühten einige der Frauen die Diebstähle auszuführen. Eine von ihnen trug die Waare nach dem Bierlokal, wo die Stoffe in dem Korb verschwanden. Man fand bei den Verhafteten für 1100 M. Seidenstoffe.

Eine 16köpfige Einbrecherbande ist durch die Charlottenburger Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Das Haupt der Bande ist ein gewisser Friedrich Karan, der in Verbrechenkreisen den Spitznamen „Kügelbader“ führt. Siebzehn Einbrüche konnten den Festgenommenen bisher nachgewiesen werden, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß noch eine ganze Anzahl von Straftaten auf das Konto der Verhafteten zu setzen ist. Auch ein Teil der Waare konnte ermittelt werden.

## Aus den Gemeinden.

Starke Andrang zur Massenpeisung in Charlottenburg. In Charlottenburg ist der Andrang zu den Speisestellen der städtischen Massenpeisung so stark gestiegen, daß eine richtige Abfertigung der Teilnehmer nicht mehr möglich ist. Die Eröffnung der neuen Speisestellen hat sich verzögert. Der Magistrat Charlottenburg hat sich daher genötigt gesehen, Meldungen von neuen Teilnehmern für etwa eine Woche nicht mehr anzunehmen. Die neuen Speisestellen werden aber voraussichtlich schon im Laufe dieser Woche eröffnet werden.

Lebensmittelabgabe in Neukölln. Für diejenigen Einwohner, welche bisher nicht in der Lage waren, die ihnen durch Befreiung des Magistrats zugesicherten Waren einzukaufen und infolgedessen noch im Besitze der Haushaltskarten-Abkürzungen A bis D sind, sind an nachgenannte Geschäfte Wohnen, Rudeln, Griech und Grauen bzw. Grütze ausgegeben worden: Richard Heinrich, Bergstraße 144, Hermannplatz 4, Hermannstr. 59/60; Otto Wienede, Bergstr. 16/17, Hohenpölschplatz 3; Fritz Probus, Bergstr. 67, Heerstraße 3, Richardstr. 68; Hermann Schwabbe, Elbstr. 39. Die Geschäfte geben von Dienstag, den 6. Februar d. J. die Waren an die Inhaber der vorher bezeichneten Kartenabkürzungen ab. Es wäre dringend notwendig gewesen, auch gleichzeitig die Geschäfte bekanntzugeben, in denen die Einwohner die ihnen zugesicherte Karte erhalten können. Der Unwille über diese gänzlich verfehlte Verteilung ist so groß, daß es wünschenswert ist, so schnell als möglich mit diesem System zu brechen.

Keine Einkommensteuerverhöhung für Schöneberg. Der Magistrat hat jetzt den Voranschlag für den neuen Haushaltsplan ausgelegt, der mit 24 087 000 M. in Einnahme und Ausgabe abschließt. Der Einkommensteuervorschlag von 170 Proz. soll beibehalten, dagegen eine Erhöhung der Hundsteuer durchgeführt werden. Nach dem Voranschlag soll in Zukunft der erste Hund anstatt bisher 30 M. 50 M. und der zweite anstatt 30 M. 50 M. Steuern kosten. Die Erhöhung der Steuer soll die Abschaffung der Hunde bewirken, damit nicht die den Reichlichen aufzubehaltenden Nahrungsmittel durch Fütterung der Hunde vermindert werden.

Lebensmittelabgaben aus Schöneberg. Neben Mehl, Getreide und Graupen gibt auch der Magistrat von Schöneberg in der Zeit vom 6. bis 15. Februar eine besondere Zulage von 1/2 Pfund Zucker. Die Verteilung erfolgt auf Abkürzungen Nr. 67 der Lebensmittelkarte bei den Schöneberger Judenhandlern auf Grund der Kundenlisten.

Sozialdemokratische Lebensmittelpolitik in Steglitz. Die mangelhafte Lebensmittelversorgung hat in der Bürgerlichkeit eine sehr gereizte Stimmung gegen die Gemeindeverwaltung hervorgerufen, der man den größten Teil der Schuld an diesen unbilligen Zuständen zuschreibt. Das ist sehr begründet, angesichts der Tatsache, daß seit ungefähr sechs Wochen keine Gemeindevorversammlung stattgefunden hat und auch der Lebensmittelzuschlag fast ebenso lange nicht einberufen wurde. Dieses geradezu unbegreifliche Verhalten hat die sozialdemokratischen Vertreter veranlaßt, den Gemeindevorsteher zu ermahnen, auf die Tagesordnung der für Freitag, 9. Februar, in Aussicht genommenen Gemeindevorversammlung folgende Anfrage zu legen:

„Was gedenkt die Gemeindeverwaltung zu tun, um die jetzt völlig unzureichende Ernährung der Bevölkerung ausreißender zu gestalten?“

Die Sitzung beginnt abends 8 Uhr, jedes Gemeindeglied kann als Zuhörer daran teilnehmen.

Lebensmittelversorgung in Weiskow. Auf Abschnitt 4 der Eierkarte wird ein Ei zum Preise von 82 Pf. abgegeben, außerdem gebrauchsfertig gemischter Kaffee das halbe Pfund für 90 Pf.; durch die Kleinbändler wird auf die beiden Abschnitte 410 der Kartoffelkarte je 1/2 Pfund Kartoffeln abgegeben.

Sanfter Lebensmittelzuschlag. In dieser Woche dürfen auf die Kartoffelkarte drei Pfund Kartoffeln entnommen werden. Die Abschnitte 41a und 41b dürfen bis auf weiteres nicht (auch nicht in Speise- und Schankwirtschaften) abgetrennt werden. Bei Teilnahme an der Speisung in den Krugläden oder in Kantinen gewerblicher Betriebe sind auf die Waare für ganze Portionen 4 für halbe 2 Abschnitte abzutrennen. — Zum Ausgleich der geringen Kartoffelernte werden vom Dienstag ab auf Abschnitt 67 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Weizenmehl in den Kleinhandlungsgeschäften verabfolgt. Ein Ansetzen vor diesen Geschäften ist wegen ausreichenden Vorrats unnötig. — Auf Abschnitt 68 der Lebensmittelkarte werden in dieser Woche vier Pfund Rohrlinolen verabfolgt.

Gemeindevorwahlresultat in Britz. Die am Sonntag stattgefundene Gemeindevorwahl der 3. Abteilung endete mit dem Ergebnis, daß der Genosse W. H. S. mit 45 Stimmen ohne Gegenkandidaten gewählt wurde. Die der Spartaorganisation angehörenden Wähler hatten sich mit einem Plakat vor dem Wahllokal aufgepflanzt, auf dem folgendes zu lesen stand: „Nicht wählen, wir haben keinen Kandidaten!“ Dieser freundlichen Aufforderung folgten 2 Wähler.

Wahlvereinsgründung in Spandau. Am 4. Februar wurde in einer Besprechung von auf dem Boden der Weidrecht stehenden Genossen einstimmig die Gründung eines, dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland und der Gesamtpartei angehörenden Ortsvereins für Spandau beschlossen. In den Ortsvorstand wurden folgende Genossen gewählt: Willi Jahnke, 1. Vorsitzender; Karl Lutz, 2. Vorsitzender; Max Jahnke, 1. Kassierer; Wilh. Vogt, Schriftführer; Westig; Robert Jahnke und Genossin Appoldt. Als Revisoren die Genossen Fried. Krause und Wöhle. Weiter wurde beschlossen, im Interesse der Einnahme des Wahrfreiwortens im dritten Kommunalwahlbezirk bei der Erhaltung für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Kirch seinen eigenen Kandidaten aufzustellen.

An die Parteigenossen in Spandau. Durch die Verhältnisse und Freiberger in der Partei gezwungen, haben die auf dem Boden des Weidrechtprinzips stehenden und der alten sozialdemokratischen Partei treubeharrenden Genossen und Genossinnen die Gründung eines Wahlvereins für Spandau beschlossen. Nur unser Verein gehört der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Wir sind weiter der Bezirksorganisation der Provinz Brandenburg angegliedert und gehören dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland als Ortsverein an.

Alle Genossinnen und Genossen, die sich nicht außerhalb der Gesamtpartei stellen und die ihrer alten sozialdemokratischen Partei die Treue bewahren wollen, werden hiermit dringend ersucht, ihre Anmeldung baldmöglichst zu vollziehen. Die Genossen Willi Jahnke, Weiskow, Richardstr. 16a, II. Bldh. Pieper, Fiedelsdorfer Straße 11, Karl Lutz, Waldstr. 4, Max Jahnke, Streitstr. 25, II. und Emil Stahl, Richardstr. 10, III. nehmen jederzeit Anmeldungen entgegen.

Alle geschäftlichen Angelegenheiten für den Wahlverein Spandau sind nunmehr nur noch mit dem Vorsitzenden Willi Jahnke, Weiskow, Richardstr. 16a, alle Beitragsleistungen, Kassiererangelegenheiten usw. mit dem Kassierer: Max Jahnke, Streitstr. 25, II. zu erledigen.

Alle bei anderen Personen noch gezahlten Beiträge sind nicht mehr als für die Gesamtpartei geleistet zu betrachten und dienen zum Zwecke von Sonderorganisationen.

Wir ermahnen daher nochmals die auf unserem Boden stehenden Parteigenossen, baldmöglichst ihre An- bezw. Neumeldung vorzunehmen zu wollen.

Der Vorstand des Wahlvereins Spandau.  
Vollständige Vorträge in Schöneberg. Am „Schwarzen Adler“ in Schöneberg, Hauptstr. 144, werden im Februar und März drei Vorträge abgehalten, um in allgemeinverständlicher Weise und unter Berücksichtigung von Rücksichten einen Überblick zu geben über die Wirtschaft und Finanzlage Deutschlands. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Der Beginn ist auf 8 Uhr und der Schluss auf etwa 10 Uhr festgelegt. Der erste Abend, Mittwoch, den 7. Februar, wird eingeleitet durch zwei Vorträge eines Schülerchors. Darauf wird Oberbürgermeister Dominicus in großen Zügen ausführen, was diese neuen Volkswörter waren. Dann wird der Direktor der Kommunalschule, Herr Prof. Dr. Stöcker, mit Rücksicht auf das Thema behandeln: „Die Wirtschaftskräfte Deutschlands als volle Sicherheit für unsere Kriegsanleihen“.

## Soziales.

### Zur Not der Rentempfänger!

Schwer lastet die Not der Zeit auf den Rentempfängern. Noch lauten Unfluchten aus den letzten Jahren mit ihren geringen Verdiensten. Die Invalidenrenten sind an sich schon so gering, daß die Bezüher schon in Friedenszeiten hart an der Grenze der öffentlichen Armenunterstützungsbedürftigkeit standen. In vielen Fällen war trotz der Invalidenrente diese Bedürftigkeit schon gegeben. Für sie alle ist die Keuerung ein weiterer Moment des Herabstehens in tiefere Armut. Nun lastet auch noch die Kälte der letzten Wochen auf diesen Personen. Woher das Geld für die Kohlen nehmen?

Die Armenunterstützungslage erreichen heute bei weitem nicht mehr zur Fristung des notwendigen Lebensunterhaltes. Sind sie doch noch den Verhältnissen des Friedens bemessen worden. Für die von der Armenunterstützung erfassten Kreise der Bevölkerung ist dringende Hilfe notwendig. Sie wird von den Gemeinden kommen müssen. Einmal durch Erhöhung der Unterstüzungslage und zum anderen durch eine viel weiter gehende Gewährung von Feuerungsmaterialien, als sie bisher üblich war. Der engberzige fiskalische Standpunkt, der noch immer so manche Armenverwaltung beherrscht, wird weitherzigerem Handeln Platz machen müssen. Darauf in den Gemeindeparsamenten hinzuwirken, ist eine dringliche Aufgabe unserer Genossen. Das Reich hat durch eine allerdings zu geringe Erhöhung der Familienunterstützungslage die Notlage in der minderbemittelten Bevölkerung anerkannt. Wie viel mehr muß sie anerkannt werden bei denen, die ohne die öffentliche Unterstüzung nicht auskommen können, oder die an der Grenze dieser Bedürftigkeit stehen.

Soweit es sich hier um Invalidenrentempfänger handelt, würden die Träger der Invalidenversicherung gemäß § 1274 Abs. 1 eingreifen müssen.

Hier handelt es sich um Maßnahmen zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung, die durch die Notlage nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend geboten sind. Eventuell muß hier der Reichstag in seiner nächsten Tagung eingreifen. Und das wird er auch bei den Invalidenrentempfängern, bei denen die Rente nach einem Maße berechnet ist, der den heutigen Ortslohnlagen nicht entspricht, tun müssen. Die dadurch bedingten Mehrausgaben könnten zunächst auf den Referatfonds der Berufsvereinigungen übernommen und die endgültige Ertragung der Last späterer Entscheidung vorbehalten werden. Nur muß etwas geschehen für die Rentempfänger. Unser soziales Bewußtsein erhellt es dringend.

### Aus den dänischen Genossenschaften.

Das Zentralorgan der dänischen Genossenschaften „Arbejdsbladet“ gibt folgende Umsatzzahlen für das letzte Geschäftsjahr 1913/14 bekannt:

	Kronen
Landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften	118 800 000
Produktions- und Absatzgenossenschaften	641 900 000
Konsumgenossenschaften	135 000 000
Andere Genossenschaften	4 400 000
	899 100 000

Im Jahre 1914/15 betrug der Umsatz 711 100 000 Kronen, so daß eine Steigerung um nicht weniger als 176 000 000 Kronen zu verzeichnen ist. Nicht eingerechnet sind folgende Umsätze:

	Kronen
Warenexportgenossenschaften	78 700 000
Dänische Bacon-Gesellschaft	38 500 000
Großhandlungsgesellschaft dänischer Konsumvereine	71 500 000
Wareneinkaufsgenossenschaft für Ringkjöbing-Amt	3 900 000
	192 600 000

Sie betragen die Summe 35 100 000 Kronen. Ferner hatten noch die landwirtschaftliche Saatgutverteilungsgenossenschaft 2 200 000 Kronen und die Viehexportvereine rund 20 000 000 Kronen Umsatz, während der Umsatz der Genossenschaftsbank rund 2 1/2 Milliarden Kronen betrug.

## Parteiveranstaltungen.

Lichtenberg. Mittwoch, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wollentzler, Wismar-Platz 1, findet eine Versammlung der Frau zur Gesamtpartei stehenden Genossen statt. Um rege Beteiligung bitten H. Klemm, Gröbnerstr. 13.

Karlshorst. Dienstag, 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Pöser, Dönhofsstr. 5, findet eine Versammlung der Frau zur Gesamtpartei stehenden Parteigenossen statt. Um rege Beteiligung bitten V. Dupont.

Pantow, Niederlehndorfer, Buchholz. Am Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Reibe (früher Kiedem), Niederlehndorfer, im Rühlplatz, eine wichtige Besprechung aller Frau zur Gesamtpartei stehenden Genossinnen und Genossen statt. Um rege Beteiligung bitten Max Vietz, Niederlehndorfer, Treptowstr. 52.

Reedersdorf-Veteranagen. Mittwoch, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Richter in Reedersdorf, am Bahnhof, Zusammenkunft aller „Vormärts“-Veteranen des Bezirks wechelsprache über die Parteiverhältnisse und die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dr. Kreuer, Reedersdorf (Ordnung), Palanenstraße.

## Jugendveranstaltungen.

Die Konferenz der Jugendauschüsse des Kreises Teltow-Beetzow findet nunmehr bestimmt am Sonntag, 18. Februar, vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal der Arbeiter-Bildungsschule, Lindenstraße 3, statt. Ein anderes Datum kommt nicht in Betracht. Die Funktionäre werden gebeten, sich diesen Tag freizuhalten.

Freie Turnerschaft Schöndorf (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes). Mittwoch, 7. Februar: Turnabend in der Turnhalle der 4. Gemeindegemeinde, am Hausdorferplatz. — Turnzeit von jetzt ab jeden Mittwoch, abends 8—10 Uhr.

Weiteranfragen für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Prof. Dr. v. Meißner, Prof. Dr. v. Meißner, nur im hiesigen Abteilungsgebiet anfangs noch weiter bestellt und stellenweise etwas Schme.

Witzig und fern von der Heimat und seinen Lieben hat den Gedanken fürs Vaterland am 26. Januar 1917 an Deutschland mein über alles geliebtes Kind und Vater seiner Kinder, unser lieber Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der Landsturmmann

**Karl Korzinsky**  
im blühenden Alter von 38 Jahren  
Dies zeigen Sie durch ein  
**Elisabeth Korzinsky**  
geb. Bielawsky  
als Witwe nebst Kindern.  
**Albert Bielawsky** als Bruder  
nebst Frau.  
**Witwe Ida Vrenth** als Schwester  
nebst Kindern.  
**Joseph Bielawsky** als Schwager,  
angelt Garnison.  
**Witwe Bielawsky** als Schwiegermutter.

**Witwe Ida Schmidt**  
geb. Bielawsky  
als Schwägerin nebst Kindern.

Du gingst von uns und mit schwerem Herzen — Und hoffst auf ein Wiedersehen — Ach, es bluten meine Herzen — Das dieles nicht mehr kann geschehen.

Wenn die Klagen den Frieden verfluchen, — Und sich die Streiter zur Heimat einladen, — Dann bricht uns von neuem das Herz entzweit, — Denn unser Liebest ist nicht dabei!

So schlaf denn wohl, geliebter Mann und Vater, — Wir denken dein mit Schmerzen, — Die Augen, die dich zu Tode traf, — Die trug auch meine Herzen.

Ruhe sanft in Heilbesand!

So schlaf denn wohl, geliebter Mann und Vater, — Wir denken dein mit Schmerzen, — Die Augen, die dich zu Tode traf, — Die trug auch meine Herzen.

Ruhe sanft in Heilbesand!

Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

**Leonhard Strunk**  
von der Firma Juleit, Wullerhauser Straße, am 1. Februar im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Treptow, Niehölzstraße, statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.  
Den Mitgliedern fernem zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

**Hermann Kochinski**  
am 20. Januar im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern fernem zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

**Hermann Simon**  
von der Firma Dantz, Ritterstraße, am 1. Februar im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Treptow, Niehölzstraße, statt. (Vorbau Baumgärtelweg). Um zahlreiche Beteiligung ersucht 198/19  
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
Treptow-Baumgärtelweg.  
Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse

**Leonhard Strunk**  
Behringstraße 48, im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumgärtelweg, Niehölzstraße, statt. (Vorbau Baumgärtelweg). Um zahlreiche Beteiligung ersucht 198/19  
Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 23. Januar durch Brustschwim mein innig geliebter Mann, der treuliebende Vater meines einzigen Kindes

**Franz Galzke**  
im Alter von 38 Jahren.  
Dies zeigt im tiefsten Schmerze an im Namen aller Hinterbliebenen

**Helene Galzke**  
geb. Schwarz  
nebst Tochter Hilchen.

Mein ganzes Glück ist nun dahin, dein Leben, wenn ich verlassen bin, dein Weisheit, wenn ich leide, dir fehlt das Götterkreuz Land, dir fehlt das Herz, das mich verstand, dir fehlt das Lebens Freude.

Blumen- und Kranzbilderei  
von Robert Meyer.  
Zub.: P. Gollitz  
Marionettstr. 3. Tel. Npl. 10 303

Bühnische Menubüchlein.  
— 33. B. 3. —  
Dalle (Saale), den 3. Februar 1917.  
Donnerstag, den 3. Februar  
D. J. ab fallen die Schindler.  
D. 49 (München) — Beethoven —  
Dalle (an 6.28, ab 6.33), Bitterfeld (an 6.58, ab 7.09) — Ludenwade (ab 8.12) — Berlin (an 8.30) —  
D. 50 Berlin (an 8.30) — Bitterfeld (ab 8.33) — Bitterfeld (an 9.27, ab 9.39) — Halle (an 11.02, ab 11.07) — Beethoven (— München) —  
fort. 200 9

**Lagerbier**  
Ersatz ist

**Metus-Gold,**  
Schaua u. Farbe wie Lagerbier.

**Malzbier**  
Ersatz ist

**Metus-Caramel**  
vollmundig, süßig, nahrhaft und wohlgeschmeckt.  
Beide Getränke sind gas geschüttelt, werden unter Garantie weder trübe noch sauer.

Oder-Trank, Apfelgetränk u. Appar. Bierersatzmittel auf Wunsch gratis. Versand auch nach außerhalb nicht unter 3 Liter.  
Man verl. Gebrauchsanweisung.

**Hermann Führer, Berlin,**  
Karl-Liebknecht-Str. 21.  
Fernspr. Königsstadt 2940.

**Glühpunsch**  
Liter 2,00 M.  
1 Teil Punsch, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches Getränk. Billiger als Bier, Kaffee, Tee usw. Ein Glas warmes stellt sich auf 3 Pf. das beste glühende Getränk in jedem Haushalt.  
Es wird heiß gegeben, möglichenfalls Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.

**H. Krömer,**  
Berlin N., Oranienburger Str. 65  
2 Verkaufsstelle:  
Reinickendorfer Straße 109.

haben Sie  
**Fußbeschwerden?**  
empfehle nach Maß hergestellte  
Sitzstühle  
Bruchbänder aller Art,  
Leibbinden, Schutzvorrichtungen für  
den Gelenkheil, u. Krankenpflege.

**Pollmann, Bandagist,**  
Berlin N., Lothringer Str. 60,  
Lieferant für Krankenkassen.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Herz- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
225/18 st. st. Teilzahlung.  
Sprechstunden 11—1 und 6—8.

**Ungeahnte Erwerbsmöglichkeiten**  
Mehre die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden über 100  
geschulte  
Kräfte gesucht

weil Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht verarmen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis der gewaltigen Ringens sein müssen. Das heißt Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch reinen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, und die technischen Selbstunterrichtswerke „System-Technik-Hochschule“, 40 S. starke Broschüre kostenlos.

Bonnens & Hochfeld, Potsdam.  
Postfach 167

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche.  
Friedrichstr. 90 — direkt am  
Stahlfabrik!

Behandlung von Syphilis, Haut-,  
Harn-, Frauenleiden, (spez. chron.)  
Häute, Ehrlich-Hata-Kuren, innerliche,  
kurze, schnelle Behandlung ohne Berufs-  
225/18 st. Teilzahlung. Sprechstunden  
10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

**In Freien Stunden.**  
Romane und Erzählungen für  
das arbeitende Volk. Das Zeit  
15 Pf. Buchhandlung Vorwärts,  
Berlin O. 20, Lindenstraße 2

Europas niedrigste Temperaturen.

Deutschlands „Kältepol“.

Die zahlreichen milden Winter der letzten Jahre haben uns so verwöhnt, daß uns der strenge Frost dieser Tage schon fast abnorm erscheint. Doch das ist von einigen Ausnahmen abgesehen, durchaus nicht der Fall; auf 10 bis 15 Grad unter Null müssen wir in unferem an sich durchaus noch gemäßigten Winter immer gefaßt sein. Die genannten Ausnahmen haben diese Grenze freilich wesentlich überschritten: so war es während der verpannenen Woche in Thüringen außerordentlich kalt, und Erfurt hatte beispielsweise zu Beginn der vierten Januarwoche 22 Grad Kälte. Ebenso kalt war es in Gardelegen, kurz darauf auch in Plauen. Die letzten Tage haben stellenweise sogar noch eine weitere Verschärfung des Frostes im Gefolge gehabt; so brachten am 29. Januar auf 25 Grad unter Null, und ebenso kalt war es an diesem Tage in Warggrabowa. Dort, in Thüringen, befindet man sich nämlich in Deutschlands kältester Gegend, das arktische Steppenlima, dem Rußland seine strengen Winter verdankt, macht sich eben auch in Thüringen mit aller Schärfe geltend. Es vergeht kaum ein Winter, in dem dort das Quecksilber nicht auf 20 bis 25 Grad Kälte, ja sogar noch tiefer sinkt; weiter westlich bilden derart niedrige Temperaturen aber eine mehr oder weniger seltene Ausnahme. Eine solche Ausnahme haben wir in Deutschland zuletzt vor genau fünf Jahren erlebt; es waren die Tage des 4. und 5. Februar 1912, in denen als Abschluß einer vierwöchigen Kälteperiode fast im ganzen Lande außerordentlich strenger Frost herrschte. So sank zu Neumünster in Holstein das Thermometer in der Nacht zum 5. Februar 1912 auf 30,3 Grad Celsius unter Null, die tiefste Temperatur, die dort je beobachtet worden ist. Gleichzeitig hatte Neustrelitz 29, Bronberg 28, Schwesin und Graudenz 27 Grad Kälte. In jenen Tagen bildeten sich auch in der westlichen Ostsee dicke, starke Eismassen, in denen viele Handelsschiffe einfroren und vorübergehend in schwere Seesnot gerieten. Noch kälter als vor fünf Jahren war es schließlich im Dezember 1909 und namentlich im Januar 1908. Ueberhaupt muß man ziemlich weit zurückgreifen, um die allerältesten Tage zusammenzutragen, jene Tage, von denen man nach hundert bis zweihundertjähriger Erfahrung sagen kann, daß sie die niedrigsten Temperaturen gebracht haben, die in unserem Klima überhaupt vorkommen. So war der äberälteste Tag, den man in Berlin jemals seit dem Jahre 1719, dem Beginn regelmäßiger meteorologischer Aufzeichnungen in der preussischen Hauptstadt, beobachtet hat, der 29. Dezember 1788 mit 29 Grad Celsius unter Null. Auf Grund einer zweihundertjährigen Erfahrung wird man also sagen dürfen, daß dieser Kälteford für Berlin die niedrigste Wintertemperatur bildet, die hier möglich ist.

In deutschen Nordosten kommen natürlich, dem hier stärker ausgeprägten Kontinentalklima entsprechend, noch niedrigere Temperaturen vor. So beträgt z. B. das absolute Minimum von Königsberg i. Pr. 30 Grad unter Null. Die allermindeste Temperatur, die man im Deutschen Reich je beobachtet hat, wurde am 16. Januar 1808 zu Warggrabowa mit 36,7 Grad Kälte registriert. Man kann somit annehmen, daß dies so ziemlich die äußerste Grenze ist, bis zu der bei uns das Quecksilber sinken kann. Viel tiefere Temperaturen würde ja auch das gebräuchliche Quecksilberthermometer gar nicht anzuzeigen vermögen, da diese gebräuchlichsten Thermometerfassung bekanntlich bei 30,7 Grad Celsius unter Null gestriert. Jedenfalls stellt, wie schon erwähnt, Warggrabowa klimatisch Deutschlands „Sibirien“, Warggrabowa sozusagen den „Kältepol“ des Deutschen Reiches dar. Doch selbst die in Warggrabowa vorgekommene abnorm frühe Kälte ist noch weit entfernt von den niedrigsten Temperaturen, die in unserem Erdteil vorkommen können und vorgekommen sind. Rußland hat noch weit über härteren Frost durchzumachen, wie ja die Winterkälte überhaupt um so intensiver wird, je weiter man ostwärts in den europäisch-asiatischen Kontinent eindringt. Während z. B. die Jahresmitteltemperatur (d. h. die Linie, die alle Orte mit gleicher Durchschnittsjahrestemperatur verbindet) von Null Grad in Europa das Nordpol und die Stadt Hammerfest berührt, verläuft sie in unweit südlicher Richtung noch einem Punkte der ostasiatischen Küste, der auf gleicher nördlicher Breite mit Paris liegt, Petersburg z. B. verzeichnete an seinem überhaupt kältesten Tage 10. Januar 48 und Archangel'sk sogar 48 Grad Celsius unter Null. Selbst in Sibirien wird es oft genug umgarnig kalt; Döbfa hat trotz seiner Lage an dem die Kälte mildernden Schwarzen Meer ein absolutes Minimum von -17 Grad und Tiflis von -20 Grad. Unvergessen ist die Härte des russischen Winters hält dieser nicht den wirklichen europäischen Kälteford. Dieser ist vielmehr im unbefruchteten Felge Schwedens und beträgt 60 Grad Celsius unter Null. Eine solche wahrhaft arktische Kälte wurde am 18. Januar 1808 zu Corfala in der schwedischen Provinz

Nordland verzeichnet, und nicht viel geringer war die am gleichen Tage in Waisa, gleichfalls in Norrland, mit -26 Grad Celsius registrierte Kälte. Eine Extreme und nicht mehr allzu weit von den allermindesten Temperaturen entfernt, die auf der Erde je gemessen worden sind. Sie stammen aus dem östlichen Sibirien, wo zu Jakutsk einmal 62 und zu Werchojansk sogar 70 Grad Kälte beobachtet wurden. Es ist das die überhaupt niedrigste Temperatur auf unserem Planeten und die Gegend um Werchojansk bildet demgemäß den Kältepol der Erde. Aus der Polarregion sind so lurchbare Kältegrade nicht bekannt. Das Gebiet um Werchojansk (etwa von 65 bis 70 Grad nördl. Br. und 100-140 Grad östlicher Länge) hat eine mittlere Sommertemperatur von 50 Grad unter Null. Der dort nur sechs Wochen dauernde Sommer, in dem übrigens gelegentlich 25-30 Grad Wärme vorkommen, reicht nicht aus, um den Boden völlig aufzutauen; von einer gewissen Tiefe an ist dort das Erdreich ewig gefroren.

Angleich günstiger als der Osten ist die weithine Hälfte Europas darn. Paris z. B. verzeichnete an seinem überhaupt kältesten Tage -24 Grad, während es in Madrid noch nie kälter als -13 Grad geworden ist. Wladivostok überdauert nur einmal seit Neujahrsbeginn 1 Grad Kälte, und auch in dem zwar viel nördlicher gelegenen, aber gleichfalls überaus milden Island hat Reikiavik als Minimumtemperatur -4 Grad Celsius zu verzeichnen. Norwegen, das unter dem Einfluß des Golfstroms sich eines für seine nördliche Lage ganz besonders milden Klimas erfreut, erreicht in seinen südlichen Landesteilen bei weitem nicht so niedrige Temperaturen wie das mitteleuropäische Festland. So betrug das absolute Minimum in Bergen nur -13, bei den Fjorden, wo gerade die Golfstromströmung andrückt, -11 Grad, in Christiania allerdings -30 Grad Celsius.

Auch im Bereich des Mittelmeeres, an den Küsten Südspaniens und Süditaliens, Griechenlands und der Mittelmeerinseln, kommen gelegentlich Fröste vor; sie sind aber niemals von langer Dauer und nicht stärker als von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, unsere letzten Kältefröste.

Ein Schumann-Abend.

Robert Schumann, dem Haupt der romantischen Schule, kommt in mehrfacher Hinsicht Bedeutung zu. Als literarisch feingebildeter Musikkritiker wirkte er reformatorisch, indem er das Amt des wackeligen Beurteilers und künstlerischen Pflegers dilettantischer, geschichtslosiger Hände entwand. Als musikalischer Reformator überragte er alle seine mitstreifenden Zeitgenossen. In der deutschen Musikperiode von Beethoven bis auf Wagner nimmt er eine Mittelstellung ein. Sein persönliches Gefühl kommt mit der Form aufs innigste verschmolzen in seinen Instrumental- und Vokalwerken zum Ausdruck.

Das am Sonnabend im überfüllten Saal des Opernhauses veranstaltete Schumann-Konzert verdankt man dem ja auch in der Berliner Arbeiterkammer hochgeschätzten Künstlerpaar Artur und Dorothea Schopenhauer. Zum Vortrag gewählt waren drei Sachen für Klavier aus Schumanns frühester Schaffenszeit, in denen der Romantiker am lebhaftesten sich ausgesprochen hat. Auch gerade in seinem persönlichen Leben. Die herrliche dreifache C-Dur-Fantasi (Op. 17) bezeugt eine Episode aus seiner zunächst unglücklichen Liebe für Clara Wieck, seine sehr viel später erlangte Frau und Musikgenossin. „Eine stille Klage um Maria“ nennt er die Fantasi selbst. In den „Papillons“ (Op. 2) — also bezeichnet Schumann ein Dugend kleiner Klavier- und schillernder Stücke in Langform — ist das letzte Kapitel aus seiner Lieblingstheater Jean Paul Roman „Kriegsahre“ in Dase, gelohnt. Das „das Schopenhauer, die unheimlichen Gärten (Op. 14) erinnert an Schumanns romantisch mit dem jenseitigen Künstler Gertrude Heyne. Gibt romantische Verschiedenheiten und geistreiche Scharren von portischem Jander, der die Sinne gelangen hält; zumal dann, wenn ein trefflicherer Deuter von der Art eines Artur Schopenhauer, in uns am Flügel stehen läßt. Der Vortrag des „Lieder-Reis“-Zyklus bildete das Mittelstück des Programms. Man wird hier gewahr, inwiefern Schumann sich von Schubert unterrichtet, aber ihn hinausgeht. Schon in der Wahl der Texte zeigt sich das. Schubert hält sich an Goethe und volkstümlicher Ernst. Schumann lehrt sich immer bei den Romantikern seiner Epoche ein. Manchmal ist die Melodie nur Deklamation. Aber in der Klavierbegleitung liegt, was aus den ganzen, feinsten Gehörswortlichen Verles Klingt: — alle Sehnsucht, aller verschwommene Duft und Glanz euband-schöner Naturherrlichkeiten.

Die aber das Künstlerpaar Schopenhauer diese Künstlichkeit freudig: — das ist eben fast unabweislich eigenartig. Man höre, wenn die Sängerin weinende Schmerzen, geistreiche Naturfülle, flüchtige Klavierwerke untagbar leise hindrückt, oder (in Zwischzeit) die Mahnung „Gute dich mit“, trübt, oder (in Frühlingssprache) dem ganzen großen Jubel einer

langen Pleidemie über den Vollbesitz aber diese Hoffenden blühenden Herrlichkeit Worte und Töne verleiht. Mit dieser Stimme aber betraut ihr Regler am Besten alle Verformtheit, alle zauberhafte Schönheit, die der Liedschöpfer erträumt, geklaut, als er mit dem Dichter die Seele schiffel anspannte, mit welcher weit durch die stillen Wände „heimwärts“ zu liegen. ok.

Wattersparnis durch Wärmeökonomie.

Um den Wattersparnis unserer Heizung auszunutzen, ist warme Kleidung in diesem Winter besonders empfehlenswert. Man wird sagen: Die Wärme der Wollstoffe seien unerschwinglich für die ärmere Bevölkerung. Nun, einige Konven und Reife von verschiedenen Kleidungsstücken gibt es überdies. Man kann sie ausleihen Stoff und Futter einlegen, um besonders kalteempfindliche Stellen zu wärmen. Auch bedarf es der Woll nicht. Papier ist ebenfalls ein schlechter Wärmeleiter. Die japanischen Soldaten trugen ebenfalls in ihrem Feldzug gegen Rußland wappene Unterleider, allerdings aus dem besonders zähen japanischen Papier. Aus reinem Zeitungspapier kann man sich keine Unterleider und Unterhosen machen, aber man kann es zwischen die Kleider stecken und mit Weichseifen befeuchten, und ist es zerfallen, es erneuern, Papiererlage in feuchte Stühle schickt bekanntlich vor Erfüllung und ist also aus dem Geschäftswelt des Haushaltens mit dem Wärmeverbrauch anzunehmen. Ebenso ist von dem Kontinenten der Kinder mit bloßen Füßen, jetzt noch mehr als in anderen Zeiten, entschieden im Interesse der Sparsamkeit mit Energie, die nur durch tägliche Wattersparnis geliefert werden und zurzeit nicht beschafft werden können, abzurufen. Gutes dürfte es sich empfehlen, das alte oder schändliche, nicht mehr leistungsfähige Reute aus einem Teil des Tages im Bett zubringen, in dem ja zur Zeit auch einige Arbeiten noch verrichtet werden können. Vor hundert Jahren kam es auch in normalen Zeiten auf dem Lande viel vor, daß alle Reute einen großen Teil des Winters im Bett zubrachten. Wenn ist es, allgemein gesprochen, ein Fortschritt, daß mit diesem Gewand gebroden werden konnte. Aber in der Zeit der Not muß man eben vielen Dingen auf die verlassenen Stellen einer tieferen Kultur hinauf steigen. Der Vordrag, den hier Professor Adolf Mayer, Heidelberg, macht, steht auch nicht in Widerspruch mit der Empfehlung ständiger Körperbewegung zur Vermeidung schwerer verdamnter Kriegsgenahrung. Tägliche Bewegung für die Verformtlichen, aber Saonung der Körperenergie für die Alten und Jungsten und Vermeidung unnötiger Wärmeverluste für alle. Auch der intensive Winterport, der zwar das Winterleben mächtig anregt, aber mit ungewöhnlichen Wärmeverlusten verbunden ist: Schlittschuhlaufen und Schlitten, muß in diesem außergewöhnlichen Winter eingeschränkt werden.

Ein Meteorit in Sibirien.

Am 5. Oktober russischer Rechnung ereigte in dem Dorfe Gortsej des sibirischen Bezirkes Kischlinski eine seltene Erscheinung des sibirischen Weltstroms. Man erlöchte nämlich um 11 Uhr 49 Minuten morgens ungefähr im Bezirk des Dorfes eine hellglühende Feuerkugel, die anfangs für einen Sternschnuppe gehalten wurde. 2-3 Minuten vor 12 Uhr lag eine mit einem Knall verbundene Erschütterung der Fensterheben in Richtung gegen West. Eine Art Sternschnuppe war im selben Zeit im Westensgebiet bei dem Dorfe Gortsej herab, so daß einerseits von einem meteorischen großen Meteoriten gesprochen wurde, andererseits die Kugeln und die Bevölkerung des Dorfes Gortsej von schwebenden deutschen Bombenwürfen aus der Luft erschütter. Nummer wurde die ganze Erscheinung durch die Untersuchung, die der russische Mineraloge S. E. Bokland im Auftrag der russischen Akademie der Wissenschaften vornahm, hergestellt. Nach den Untersuchungen des „Bromstein“ handelt es sich um einen Meteoriten, dessen zwei Stücke man aus den Erdkrütern herbeibrachte. Das eine Stück wiegt 100 Kilo, das andere 68 Kilo. Der nach dem Hundert Boguslawka genannte Meteorit wäre der größte Eisenmeteorit auf der ganzen Erde, und mit diesen der Kälte. Die weiteren Untersuchungen über diese außerordentlich seltene Erscheinung sind noch nicht abgeschlossen.

Notizen.

Theaterchronik. In der Volkshaus-Halle am Sonnabend die Uraufführung von Grillparzer's Lustspiel „Was dem, der lügt“ hat. Frontbühneres Heimatkund. Die Deutsche Dichtergedächtnisfeier in Hamburg-Gröbhorst. Die bereits laufende über Schwaben- und Württemberg und Thüringen- und Sachsenland, hat unter der Bezeichnung „Frontbühneres Heimatkund“ eine neue Bücherammlung von 21 Bänden zusammengestellt (Erzählungen, Balladen, Dramen und Humoresken). Bestellungen von Truppenstellen um ungentliche Abgabe sind an sie zu richten.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeikoman von Gubernia Zapfosa.

Auf dem Ball. — Ball in Krasnodar'sk Vorlamm. Sie erreichten den Ball ziemlich leicht, denn die umherliegenden Stangen und die in die Erde eingeschlagenen Pfosten verhinderten das Abgleiten und das Versinken im Morast. Nach einigen Minuten bestand sich der ganze Trupp auf dem Ball. Markowski ließ wieder einen Pfiff ertönen. Eine leise Antwort ließ sich hören. „Semipudow, geh, sag, er soll herkommen befahl Markowski. Dann wandte er sich an Aligi: „Der Polizist, der auf dem Stadtwall Wache hat, wird sofort kommen. Er wird uns anflären, wenn etwas vorgefallen ist.“ Die riesengroße Gestalt des Polizisten trennte sich von der übrigen Schar und ging den Ball entlang nach dem dunkelsten Gebäude zu. Aligi stand ergeben da und starrte in das undurchdringliche Dunkel, das sich jenseits des Balles ausbreitete. Unsichtbar und mächtig strömte der Fluß in breiten Bogen zu seinen Füßen hin. Aligi verlor sich ganz in Gedanken. Seine Kraft versiegte, der Eifer verloschte, das heiße Blut erkalte, nur die Bogen dort unten fluteten unablässig und unermüdlich der Befreiung aus den sie umfläumenden Wern entgegen. Inzwischen näherte sich die dunkle Gestalt, Aligi gewann immer mehr die Ueberzeugung, daß es derselbe Polizist war, der angeblich den beiden Spionbuden nachgejagt war. Er war seiner Sache so sicher, daß er seinen Triumph so schnell wie möglich mitteilen wollte. Er ging dem herbeikomenden Polizisten einige Schritte entgegen und sagte im Vorübergehen zu Markowski: „Es ist derselbe, ich erkenne ihn.“ Dann wandte er sich an den Aufständling: „Ihr seid doch den Mördern bis zum Marktplatz nachgelaufen, nicht wahr?“ Es erfolgte keine Antwort. Dagegen trat Markowski zwischen Barlamow und Aligi: „Verzeihen Sie,“ sagte er trocken zu Aligi, „das ist meine Sache.“

Barlamow nahm seine dienstliche Haltung ein. Sein runder Bauch hob wie bei einem alten Weib den Mantel empor, auf dem die Knöpfe glitzerten. Zwischen Zagejeto's Schritten und dem Polizisten begann folgende Unterhaltung in russischer Sprache: „Bist du schon lange auf Wache, Barlamow?“ „Seitdem es Abend wurde, Euer Hochwohlgeborenen.“ „Ist hier nichts vorgekommen?“ „Kein, zu Befehl!“ „Kein Ueberfall, kein Mord!“ „Nein!“ „Bist du dessen sicher?“ „Ganz sicher, ich kann's beschwören!“ Markowski wandte sich an Aligi: „Er ist ein höchst aufständiger Mensch, trinkt nicht, deshalb wird er auf diesen Posten geschickt. Haben Sie sich recht überzeugt?“ „Aber Aligi, ich Joffele die Laterne aus der Hand und leuchtete Barlamow ins Gesicht. Es war ein wie in Stein gehauenes Gesicht mit den charakteristischen gradlinigen Zügen, die dem echten Russen eigen sind. Sozial starker Wille und naive Gemeinheit malte sich darin, daß es sich dem Gedächtnis ein für allemal einprägte. Aligi wurde es klar, daß er es mit einem Jansen zu tun hatte, der von keinem Sturm zerstreut werden konnte. Trotzdem richtete er an ihn mit erregter Stimme die Frage: „Erkennt Ihr mich?“ „Barlamow schaute Aligi fest an, ohne mit den Wimpern zu zuden: „Nein!“ „Erinnert Euch. Vor einer Stunde räumtet Ihr über die Gassen, die nach dem Markt führen. Zwei hell gefledete Männer suchten zu entkommen. Ihr steht an mir vorbei und sahet mich an. Ich stand der Laterne gegenüber... Bist Ihr es noch?“ Barlamow zuckte nicht. Kein Muskel bewegte sich in seinem Antlit. „Nein,“ sagte er schließlich auf russisch, „das ist unmöglich. Ich habe den Ball nicht verlassen.“ Aligi biß sich die Lippen blutig. „Erinnert Euch doch, was Ihr dann gemacht habt.“ Barlamow wiederholte: „Ich habe den Ball nicht verlassen.“ „Dann will ich Euch erinnern, was Ihr in jenem Ver-

fluch gemacht habt, vor dem die Erde aufgeschüttet ist und eine Laterne auf einer Stange brennt. Ihr habt das Geld gestift, das die Spionbuden hier einem Bayern geraubt haben. Hät Ihr?“ „Niemand regte sich; einen Augenblick herrschte tiefes Schweigen. Nur die Bogen des Flusses brannten mit doppelter Gewalt. Schließlich ertönte Barlamow's leiserer Zustimmung von neuem: „Ich habe den Ball nicht verlassen.“ „Nicht zuden in kraftloser Einberung zusammen?“ „Ich habe es doch gesehen. Ich kann's beschwören!“ „Da ertönte Markowski's Stimme in der Finsternis: „Auch er wird schwören.“ „Dann wird er falsch schwören,“ erwiderte Aligi und wandte das Licht dem Wachtmeister zu. „Unsere Leute schwören nicht falsch, noch lügen sie, mein Herr. Wenn Barlamow etwas sagt, so muß man es glauben, denn er ist der Hüter der Wahrheit.“ sprach Markowski, aus dessen gelbem, geschnittenem Gesicht ein paar stählerne, kalte Augen hervorlugten. Aligi's Hand mit der Laterne sank herab. Joffele benutzte diese Gedärbe und nahm ihn die Laterne fort. „Gehen Sie auf Ihren Platz zurück, Barlamow,“ befahl Markowski. „Zu Befehl!“ Aber Aligi betrugte sich noch nicht. „Gut,“ rief er, wenn Ihr Barlamow's Beteiligung an dieser Angelegenheit leugnet, wo sind dann die Uebelthäter? Ich kann's Euch sagen! Sie wählten bei Mutter's Uebernachtung, kommen Sie mit mir dorthin, ich werde sie Ihnen zeigen.“ Aligi schien es, als hätten seine Worte einen gewissen Eindruck gemacht. Barlamow blieb in seiner Halbverwundung stehen. Markowski erhob den Kopf, als gellte es die Wackelheit zu verdoppeln. Aber jetzt mischte sich Joffele's Pinks ruck ein: „Bei Mutter's?“ rief er, „wie können sie bei Mutter's sein? Die schickt jetzt und alle anderen bei ihr ebenfalls. Und dann... der Herr wird doch nicht an solch einen häßlichen Ort gehen? Unfähige Bürger gehen dort nicht hin. Dort verkehrt die schlimmste Sorte.“ (Zurück folgt.)

